



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

22

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

13. Jahrgang · Heft 7

Juli 1961

Aufsätze:

Güterverkehr auf dem Wasserwege
Steueraufkommen in Schleswig-Holstein
Lastenausgleich in Schleswig-Holstein
Milchwirtschaft 1960
Angestelltenversicherung

Kurzberichte:

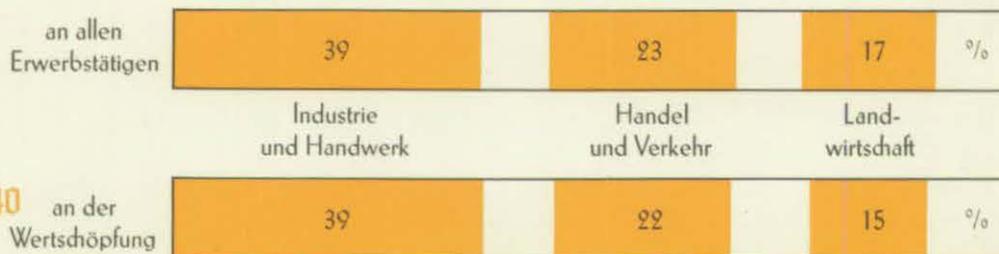
Verkehr der Bundesbahn
Die Berufsschüler

Graphik des Monats:

Beteiligung der Länder
an der Wirtschaft des Bundes

INDUSTRIELAND — AGRARLAND

Anteil der Bereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

	Einheit	Monatsdurchschnitt		Veränderung in %
		Dez. 1959 bis April 1960	Dez. 1960 bis April 1961	
BESCHÄFTIGUNG				
Arbeitslose	1 000	34	20	- 42
INDUSTRIE				
Produktionsindex ¹	1950=100	244	272	+ 11
Beschäftigte ²	1 000	164	171	+ 5
Umsatz ^{2 3}	Mill.DM	508	541	+ 7
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill.Std.	24	25	+ 4
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁵	Mill.Std.	7,5	p 8,4	+ 12
Erteilte Baugenehmigungen ⁶	Anzahl	1 209	1 078	- 11
HANDEL				
Ausfuhr	Mill.DM	86,8	p 85,9	- 1
Einzelhandelsumsatz	1960=100	98	105	+ 7
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	3 834	4 132	+ 8
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	99	96	- 3
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	133	130	- 2
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950=100	125	128	+ 2
landwirtschaftlicher Produkte ⁷	1950/51=100	138	124	- 10
Lebenshaltungsindex ⁸				
insgesamt	1958=100	102,0	103,7	+ 2
Ernährung	1958=100	103,2	101,8	- 1
GELD UND KREDIT				
Kurzfristige Kredite ⁹				
Bestand	Mill.DM	1 062 ^a	1 284 ^a	+ 21
Zunahme	Mill.DM	+ 25 ^a	+ 31 ^a	x
Mittel- und langfristige Kredite ¹⁰				
Bestand	Mill.DM	2 632 ^a	3 010 ^a	+ 14
Zunahme	Mill.DM	+ 24 ^a	+ 39 ^a	x
Spareinlagen ¹¹				
Bestand	Mill.DM	1 327 ^a	1 570 ^a	+ 18
Zunahme	Mill.DM	+ 25 ^a	+ 30 ^a	x
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹²	Mill.DM	33	37	+ 14
Landessteuern ¹³	Mill.DM	42	55	+ 30

1) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren
4) einschl. Lehrlingsstunden 5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 6) Wohngebäude und Nichtwohngebäude (Neubau und Wiederaufbau) 7) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltung; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinkommen 9) an die Nichtbankenkundschaft 10) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite
11) Einlagenbestand am Monatsende 12) einschl. Umsatzausgleichsteuer 13) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern a) Monats-Ø aus 4 Monaten gebildet

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 2/1961

Geburten und Sterbefälle 1959
Geschiedene Ehen 1959
Allgemeinbildende Schulen 1960
Industrielle Produktion 1959
Privater Verbrauch 1959

Kieler Medizinstudenten
Schlepper in der Landwirtschaft
Konsumgenossenschaften 1959

Heft 3/1961

Wanderungen 1959
Inanspruchnahme des Begabungspotentials
Vieh- und Fleischwirtschaft 1959/60
Berlin- und Interzonenhandel 1959
Landaarbeiterlöhne 1960
Anstaltsfürsorge

Pflanzenbestände in Baumschulen
Zwischenfruchtanbau 1960
Güterverkehr auf Eisenbahnen 1957

Heft 4/1961

Schleswig-holsteinische Erwerbsquote
Landwirtschaftliche Betriebe
Straßenverkehrsunfälle 1959
Bauwirtschaft 1960

Obsternte 1960
Schwerbeschädigte
Zahlungsschwierigkeiten 1960

Heft 5/1961

Arbeitskräftebestand in der Landwirtschaft
Reiseverkehr mit Skandinavien
Gaststättenpreise 1959

Auslandsumsatz der Industrie

Heft 6/1961

Kredite und Einlagen 1960
Kapitalgesellschaften
Viehbestände 1960
Soziale Krankenversicherung

Ausländer in Schleswig-Holstein
Akademische Prüfungen
Industriebeschäftigte
Bauspargeschäft 1958 bis 1960
Öffentliche Straßenverkehrsmittel

1874

1875



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

13. Jahrgang · Heft 7

Juli 1961

Aktuelle Auslese

NICHT ALLE WOHNUNGEN SIND VOLLWERTIG



Nach den Ergebnissen der 1%igen Wohnungsstichprobe im Frühjahr 1960 ist fast jede 10. Wohnung in Schleswig-Holstein nicht vollwertig.

Es handelt sich hierbei um Wohnungen in Notwohnungsgebäuden, um Keller- und nicht vollausgebaute Dachgeschoßwohnungen oder um Wohnungen mit einer nur behelfsmäßigen Kochgelegenheit. Von den Wohnungsinhabern, die einen Bundesvertriebenen- oder einen Bundesflüchtlingsausweis besitzen, bewohnten 14% eine unvollkommene Wohnung, von den Wohnungsinhabern ohne einen Ausweis hatten 8% keine vollwertige Wohnung.

JEDE 5. UNTERVERMIETUNG IST ZWANG

Von den Haushalten, die im Frühjahr 1960 in ihrer Wohnung Untermieter hatten, folgten rund 20% nur dem Zwang der Wohnungsbewirtschaftung. Bei 15% der Haushalte mit Untermietern spielten finanzielle Erwägungen eine wesentliche Rolle, und bei 40% dieser Haushalte bestanden verwandtschaftliche Bindungen zu den Untermietern. Die übrigen Haushalte, die Untermieter hatten, nannten andere Gründe (z. B. gemeinsame Haushaltsführung, Pflegebedürftigkeit) oder gaben mehrere Gründe für die Untervermietung an. - Die Haushalte, die allein in ihrer Wohnung lebten, lehnten fast alle (97%) die Aufnahme von Untermietern ab.

DAUER DER ANSTALTSFÜRSORGE



Von den Personen, die Ende März 1961 auf Kosten der öffentlichen Fürsorge in einem Heim oder in einer Anstalt untergebracht waren, befanden sich 55% länger als 5 Jahre in der Anstaltsfürsorge. Hierbei handelt es sich vor allem um Geisteskranke. Weniger als 2 Jahre wurden 16% betreut. Die übrigen 29% lebten zwischen 2 und 5 Jahren auf Kosten der Fürsorge in Heimen und Anstalten.

115 000 BETTEN FÜR DIE GÄSTE



Anfang April 1961 wurden in den 165 Berichtsgemeinden zur Fremdenverkehrsstatistik 2 500 Beherbergungsbetriebe mit 55 000 Betten gezählt. Hinzu kommen noch rund 60 000 Betten in Privatquartieren. Insgesamt stehen damit dem Fremdenverkehr 115 000 Betten zur Verfügung. Gegenüber dem 1. April 1960 erhöhte sich die Gesamtzahl der Betten um 7%.

HÖCHSTBESTAND AN SCHWEINEN



Anfang Juni 1961 gab es in Schleswig-Holstein fast 1,5 Mill. Schweine. Darunter befanden sich über 100 000 Jungschweine mehr als vor einem Jahr. Außerdem war die Zahl der trächtigen Sauen um fast ein Fünftel größer. Der Rinder- und Schafbestand hatte sich dagegen nur wenig verändert.

Aus dem Inhalt

Güterverkehr auf dem Wasserwege

Seite 148

Im Jahre 1959 überschritt der Güterumschlag in den schleswig-holsteinischen Häfen erstmals die Grenze von 10 Mill. t. Hiervon gingen 3,7 Mill. t Güter aus dem Lande hinaus und 5,8 Mill. t wurden angeliefert. Daneben wurden noch 280 000 t innerhalb des Landes transportiert. - Von den Gütern, die das Land verließen, gingen zwei Drittel nach Hamburg und knapp ein Viertel ins Ausland. Von den Waren, die nach Schleswig-Holstein geliefert wurden, kamen drei Fünftel aus dem Ausland, ein Fünftel aus Hamburg. - Der Güterverkehr innerhalb des Landes hat sich gegenüber 1958 um 6% erhöht. Der Schwerpunkt des Binnenverkehrs liegt bei den Baustoffen. - Der Versand nach Hamburg, der vor allem Steine, Erden und Bindemittel umfaßt, ist 1959 gegenüber 1958 um 14% gestiegen. Der Empfang aus Hamburg ist etwas zurückgegangen. An erster Stelle standen 1959 nun Mineralöle und -derivate. Dagegen sanken die Kohlenlieferungen, die 1957 noch 450 000 t betragen hatten, auf einen unbedeutenden Rest ab. Die dadurch entstandene Versorgungslücke in Schleswig-Holstein wurde durch Kohlenlieferungen aus dem übrigen Bundesgebiet gedeckt. - Der Schwerpunkt des Güterverkehrs auf dem Wasserwege liegt beim Verkehr mit dem Ausland, der sich fast ausschließlich über See abspielt. Von den aus Schleswig-Holstein herausgehenden Gütern ist allerdings nur ein Viertel für ausländische Häfen bestimmt. Bei dem wesentlich umfangreicheren Empfang beträgt der Anteil aber drei Fünftel. Der Versand geht zu fast drei Vierteln in das Ostseegebiet. Am Empfang ist das Ostseegebiet nur mit knapp der Hälfte beteiligt. Fast ein Drittel der Güter kam aus Übersee. - Mit 873 000 t lag der Versand ins Ausland um 8% höher als 1958. In fast allen bedeutenden Gütergruppen hat er zugenommen. Der Empfang hat sich 1959 etwa auf der Höhe des Vorjahres gehalten. Dabei gingen aber die Löschungen von Holz und Erz und auch die von Kohlen erheblich zurück, während Erdöl und Natursteine in wesentlich größerem Umfang geliefert wurden. Die Erdöltransporte kamen aus dem Nahen Osten und Mittelamerika. - An den 10 Mill. t, die im Jahre 1959 umgeschlagen wurden, waren 60 Häfen beteiligt. Fast 90% des Gesamtumschlages entfiel auf die 11 Häfen mit Umschlägen von über 100 000 t im Jahr. Lübeck als größter Hafen ist mit über einem Viertel am Gesamtumschlag beteiligt.

Steueraufkommen in Schleswig-Holstein

Seite 151

Im Jahre 1960 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 2,2 Mrd. DM an Gemeinde-, Landes- und Bundessteuern aufgebracht. Das waren 959 DM je Einwohner. Den weitaus größten Anteil am Steueraufkommen beanspruchte mit 583 DM je Einwohner der Bund. - Die ertragreichste Steuer ist wieder die Umsatzsteuer. Ihr Aufkommen betrug 1960 427 Mill. DM. Ihr Anteil an den Bundessteuern machte 32% aus. In Schleswig-Holstein erreichten die Einnahmen je Einwohner aus der Umsatzsteuer nur 64% des Bundesdurchschnitts. Die nach der Umsatzsteuer dem Betrag nach wichtigste Steuer ist die Tabaksteuer. - Die Zuwachsraten bei den Landessteuern

sind in den letzten Jahren recht hoch gewesen. Ihre Höhe wurde entscheidend durch das rasche Ansteigen der Steuern vom Einkommen bestimmt. So nahm die Körperschaftsteuer von 1959 auf 1960 um 36% zu, die Lohnsteuer um 35% und die veranlagte Einkommensteuer um 22%. Von den übrigen Landessteuern spielt noch die Kraftfahrzeugsteuer eine größere Rolle. Auch ihr Aufkommen stieg von Jahr zu Jahr; die jährlichen Zuwachsraten bewegen sich seit 5 Jahren zwischen 13% und 19%. - Seit 1957 liegt Schleswig-Holstein mit der jährlichen Zuwachsrate seines Landessteueraufkommens höher als der Durchschnitt der Länder. Das hat aber nichts daran ändern können, daß Schleswig-Holstein in seinem Steueraufkommen je Einwohner nach wie vor den letzten Platz unter den Ländern des Bundesgebiets einnimmt. Im Jahre 1960 erreichte Schleswig-Holstein den Bundesdurchschnitt nur zu 64%. - Das Gemeindesteueraufkommen ist 1960 weiterhin kräftig gestiegen. Es nahm gegenüber 1959 um 11% zu. An dem Mehraufkommen ist zu 90% die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital beteiligt. - Im Jahre 1960 wurden 63 Mill. DM Schlüsselzuweisungen (einschl. Grundsteuerausfallentschädigung) an die Gemeinden und Landkreise verteilt.

Lastenausgleich in Schleswig-Holstein

Seite 156

Die Veranlagung der Hypothekengewinnabgabe, der Kreditgewinnabgabe und der Vermögensabgabe ist bis auf wenige Fälle abgeschlossen. - Das Aufkommen aus der Hypothekengewinnabgabe war im Rechnungsjahr 1959 um über 50% größer als 1958 und erreichte in dem Dreivierteljahr des Rechnungsjahres 1960 beinahe die Höhe des Aufkommens des gesamten Rechnungsjahres 1958. Auch bei der Vermögensabgabe war im Rechnungsjahr 1959 ein Anstieg gegenüber 1958 zu verzeichnen. Der Betrag für die 9 Monate des Jahres 1960 war dabei höher als für die gleiche Zeitspanne des Jahres 1958. - Das Absinken der Zuschüsse aus dem Vermögensteueraufkommen an den Ausgleichsfonds von 1958 auf 1959 ist auf eine Gesetzesänderung zurückzuführen. Ab 1959 brauchen die Länder nur noch Zuschüsse in Höhe von 25% des Vermögensteueraufkommens an den Ausgleichsfonds zu leisten. - Den Garantiezuschuß gewähren die Länder dem Ausgleichsfonds für den Ausfall, der sich aus der Senkung der Vermögensteuer ergibt. - Zur Unterhaltshilfe leisten Bund und Länder an den Ausgleichsfonds jährlich einen Zuschuß bis zur Höhe von 500 Mill. DM, jedoch nicht mehr als 50% der Ausgaben für die Unterhaltshilfe. - Die Gesamtleistungen Schleswig-Holsteins an den früheren Soforthilfefonds und jetzigen Ausgleichsfonds setzen sich aus den Lastenausgleichsabgaben und aus den Zuschüssen aus dem Landeshaushalt zusammen. Sie haben bis Ende 1960 1,1 Mrd. DM betragen. - Die Hauptentschädigung ist eine Leistung des Ausgleichsfonds für entstandene Vermögensschäden des 2. Weltkrieges. Im Rechnungsjahr 1958 wurden in Schleswig-Holstein nur 18 Mill. DM als Hauptentschädigung ausgezahlt, 1959 waren es bereits 42,2 Mill. DM und in den 9 Monaten des Rechnungsjahres 1960 sogar 42,3 Mill. DM. -

Die Kriegsschadenrente ist praktisch "die Altersversorgung" für die Masse der Geschädigten. Sie wird noch viele Jahre ihre Bedeutung behalten. - Zu den großen Auszahlungsposten gehört die Hausratentschädigung. Die Bearbeitung der Anträge ist bis auf 2% abgeschlossen. Die Auszahlungen für die Hausratentschädigung werden in Zukunft laufend weiter zurückgehen. - Der Soforthilfefonds und der Ausgleichsfonds beteiligen sich z. B. auch an der Schaffung neuer Wohnungen. Es werden ferner Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft, für die gewerbliche Wirtschaft und für die freien Berufe zur Verfügung gestellt.

Milchwirtschaft 1960

Seite 162

Nach der Viehzählung vom Dezember hat der Milchkuhbestand in Schleswig-Holstein 1960 gegenüber 1959 um 18 600 Tiere zugenommen und sich auf 460 000 Stück vermehrt. Der Milchertrag je Kuh hat sich gegenüber der Vorkriegszeit um 34%, der Fettgehalt der Milch um 17% und die Fettleistung je Kuh um 56% erhöht. - Milcherzeugung und Milchanlieferung stiegen 1960 auf Rekordhöhe. Sie nahmen beide im Berichtsjahr nochmals um 4% zu. - Der Anteil der tb-freien Milch betrug 1960 95%. Von der 1960 angelieferten Milch entsprachen 84% der Güteklasse I. - Auch die Butterproduktion brachte ein bisher nicht erreichtes Spitzenergebnis. 1960 wurden 48 800 t Butter hergestellt. - Die Käseherstellung hat 1960 erstmalig wieder zugenommen. Fettkäse, vollfetter Käse und Rahmkäse - Fettgehalt von 40% und mehr - stellen heute nahezu drei Viertel der Gesamterzeugung. Tilsiter und Camembert sind die Hauptkäsesorten. - Unter den Dauermilcherzeugnissen steht die Herstellung von Kondensmilch mit 85% der Gesamtproduktion des Landes weitaus an der Spitze. - Der Trinkmilchabsatz wurde 1960 durch den verregneten Sommer nachteilig beeinflusst. Dennoch wurden 1960 von den Meiereien innerhalb Schleswig-Holsteins noch 4 700 t Trinkmilch mehr abgesetzt als 1958. - Der Absatz von Milch in Flaschen und Pakungen entwickelte sich günstig. Sein Anteil am Gesamttrinkmilchverzehr des Landes betrug 1960 31%. - Schulmilch wurde auf Grund der seit 1957

laufenden Verbilligungsaktion erheblich mehr abgesetzt. Besonders der Absatz an Kakaomilch hat sich vervielfacht.

Angestelltenversicherung

Seite 165

Im Oktober 1958 waren nach den Ergebnissen des Mikrozensus 199 000 Angestellte (einschl. Lehrlinge) in Schleswig-Holstein erwerbstätig, 96% davon waren rentenpflichtversichert. Ein Jahr später belief sich die Zahl der Angestellten bereits auf 205 000; sie hat sich damit im Laufe eines Jahres um 3% vermehrt. - In Schleswig-Holstein gab es 1960 im Schnitt 87 000 laufende Angestelltenrenten; reichlich die Hälfte davon waren Versichertenrenten, 36% Witwen- und Witwerrenten und 12% Waisenrenten. - In den letzten elf Jahren war der Rentenzugang fast immer größer als der Rentenwegfall. Der Bestand an Angestelltenrenten in Schleswig-Holstein hat sich von 1950 bis 1960 um reichlich zwei Drittel vergrößert. - Die Bundesversicherungsanstalt zahlte 1960 für laufende Angestelltenrenten an Einwohner Schleswig-Holsteins insgesamt 206 Mill. DM aus. In den elf Jahren seit 1950 hat sich der für Rentenzahlungen aufgewendete Jahresbetrag nahezu verfünffacht. - Der monatliche Rentenbetrag im Mittel aller in Schleswig-Holstein laufenden Versichertenrenten der Angestelltenversicherung belief sich 1950 auf 93 DM und 1960 auf 255 DM. Die Witwenrente machte 1960 durchschnittlich 160 DM aus und die Waisenrente 62 DM.

Verkehr der Bundesbahn

Seite 167

Von 1953 bis 1957 sind die Betriebs- und Verkehrsleistungen der Bundesbahn stetig gestiegen. 1957 kam dann der Umschwung. Die Leistungen der Bundesbahn gingen zurück. Vor allem die Konkurrenz der Straße machte sich immer mehr bemerkbar.

Die Berufsschüler

Seite 168

Im November 1960 wurden die Berufsschulen in Schleswig-Holstein von rund 75 700 Schülern besucht. Von den Schülern waren fast 61 500 Lehrlinge.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Landkreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Grössenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Güterverkehr auf dem Wasserwege 1959

Im Jahre 1959 überschritt der Güterumschlag in den schleswig-holsteinischen Häfen erstmals die Grenze von 10 Millionen t. Hiervon gingen 3,7 Mill. t Güter aus dem Lande hinaus und 5,8 Mill. t wurden angeliefert. Daneben wurden noch 280 000 t innerhalb des Landes transportiert. Sie werden zweimal, nämlich beim Ein- und beim Ausladen umgeschlagen und stecken deshalb auch zweimal im Gesamtumschlag. Das Gewicht der insgesamt transportierten Güter betrug nur 9,8 Mill. t. Während diese Zahl mit den Verkehrsleistungen anderer Verkehrsträger vergleichbar ist, stellt die Zahl von 10 Mill. t die Umschlagsleistung der Häfen dar.

Von den Gütern, die das Land verließen, gingen zwei Drittel nach Hamburg, knapp ein Viertel ins Ausland. Der Verkehr mit dem übrigen Bundesgebiet (außer Hamburg) war recht gering und umfaßte nicht einmal 10% des ganzen Versandes. Westberlin erhielt fast 100 000 t. Es waren Steine und Erden, Holz, Mineralöle und Getreide. An die sowjetische Zone wurden 6 000 t Eisen geliefert.

Von den 5,8 Mill. t Waren, die nach Schleswig-Holstein geliefert wurden, kamen drei Fünftel aus dem Ausland, ein Fünftel aus Hamburg. Das übrige Bundesgebiet lieferte nur 14% des Empfanges. Aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches wurden 243 000 t herantransportiert. Zu vier Fünfteln waren es Kohlen. Außerdem kamen lebendes Vieh und chemische Erzeugnisse neben einigen Gütern mit unbeachtlichen Mengen. Aus der sowjetischen Besatzungszone wurden nur 24 000 t geliefert, nämlich mineralische Rohstoffe, Steine und Erden und Getreide.

Der Verkehr mit Berlin beschränkte sich auf den Empfang von 11 000 t verschiedener Güter.

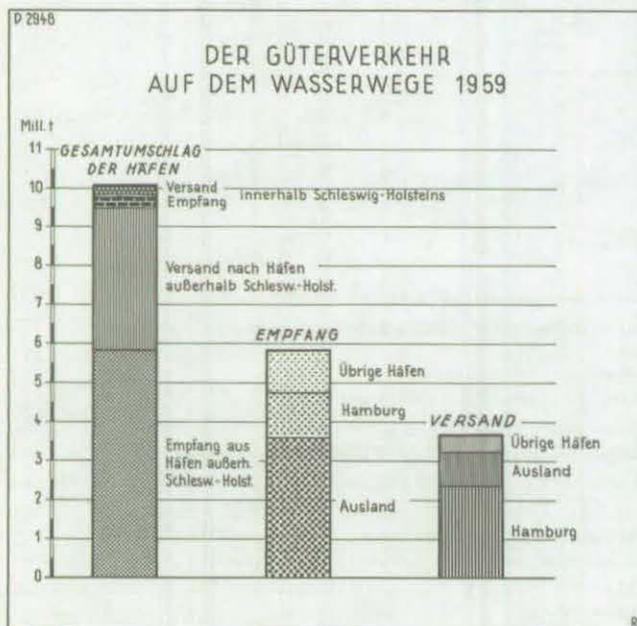
Der Güterverkehr innerhalb des Landes hat sich gegenüber 1958 um 6% erhöht. Bei den vergleichsweise kleinen Mengen machen sich schon Veränderungen mit großen Prozentzahlen bemerkbar, die absolut nicht eben groß zu nennen sind. Der Schwerpunkt des Gütertransportes innerhalb des Landes liegt bei den Baustoffen, von denen Kies, Sand, Mörtel, Zement und Ziegelsteine anzuführen sind. Auch Erzeugnisse und Bedarfsgüter der Landwirtschaft, nämlich Getreide, Futter- und Düngemittel, spielen eine Rolle. Neuerdings ist auch der Transport von Benzin und Dieselöl erwähnenswert.

Tab. 1 Der Güterverkehr auf dem Wasserwege innerhalb Schleswig-Holsteins (Versand = Empfang)

Gütergruppe	1958	1959	Veränd. in %
	in 1 000 t		
Insgesamt	263	280	+ 6
darunter			
Steine, Erden, Bindemittel, Schutt	151	136	- 10
Getreide, Hülsenfrüchte	45	52	+ 16
Mineralöle, Mineralölderivate	8	15	+ 93
Kunststein-, Ton- und Glaswaren	12	15	+ 27
Futtermittel	10	13	+ 36
Düngemittel	9	10	+ 9

Der Versand nach Hamburg ist 1959 gegenüber dem Vorjahre wieder gestiegen. Er war fast um die Hälfte höher, als er 1957 gewesen ist. Diese Zunahme beruht auf dem Anwachsen der Transporte von Steinen, Erden und Bindemitteln. Sie machen über vier Fünftel des Gesamtvolumens aus. Mineralöle, Getreide und Kunststeine bestreiten den Rest. Der Empfang bietet ein bunteres Bild.

Im ganzen ist er etwas zurückgegangen, wobei aber im einzelnen die Entwicklung ganz verschieden ist. An erster Stelle stehen nun Mineralöle und -derivate, nachdem sich ihr Umschlag gegenüber 1956 mehr als verdoppelt hat. Auch der Getreideumschlag überstieg das normale Maß der letzten Jahre. Ebenso erhöhte sich die Ankunft von Futtermitteln. Dagegen sanken die Kohlenlieferungen auf einen unbedeutenden Rest ab. 1957 hatten sie noch 450 000 t betragen. Je nach den Kohlepreisen und den Frachtraten verschieben sich die Herkunftsgebiete und Transportwege der Kohlen. Da die Statistik aber nur den Weg auf einem Verkehrsträger nachweist, ist von dieser Seite her keine letzte Klarheit zu gewinnen. Die aus Hamburg kommenden Kohlen sind dort natürlich umgeschlagen worden. Damit ist ihre Herkunft aber



Tab. 2 Der Güterverkehr auf dem Wasserwege mit Hamburg

Gütergruppe	1958	1959	Veränd. in %
	in 1 000 t		
Versand insgesamt	2 072	2 368	+ 14
darunter			
Steine, Erden, Bindemittel, Schutt	1 743	2 010	+ 15
Mineralöle, Mineralölderivate	98	118	+ 21
Getreide, Hülsenfrüchte	85	100	+ 17
Kunststein-, Ton- und Glaswaren	72	71	- 2
Empfang insgesamt	1 227	1 162	- 5
darunter			
Mineralöle, Mineralölderivate	449	539	+ 20
Getreide, Hülsenfrüchte	228	312	+ 37
Futtermittel	81	103	+ 28
Kohlen, Torf	310	53	- 83
Nicht besonders genannte mineralische Rohstoffe	20	34	+ 69
Nicht besonders genannte pflanzliche Rohstoffe zu Nahrungs- und Genußmitteln	20	27	+ 36
Zubereitete Nahrungs- und Genußmittel, Stärke, Spiritus	10	29	+176
Zellstoff, Papier	21	16	- 22

nicht mehr feststellbar. Es kann nur vermutet werden, daß es sich um einen Rückgang der Lieferungen amerikanischer Kohle handelt. Gleichzeitig gingen nämlich die Löschungen von Kohle, die direkt aus den USA kam, in schleswig-holsteinischen Häfen von 528 000 t im Jahre 1957 auf 316 000 t im Jahre 1959 zurück. Die übrigen aus Hamburg kommenden Güter verteilten sich in wesentlich kleineren Mengen auf verschiedene Gruppen.

Der Verkehr mit dem übrigen Bundesgebiet leidet nicht nur darunter, daß es an einer direkten Wasserstraße dorthin fehlt. Die vorhandenen Verbindungen zwingen nicht nur zu Umwegen, sondern der Weg über die Elbe kreuzt zweimal die Zonengrenze und der andere Weg führt über See. Auf diesem Wege müssen die Güter oft zum Seetransport umgeschlagen werden, so daß in der Statistik nicht der ganze Reiseweg zu er-

Tab. 3 Der Güterverkehr auf dem Wasserwege mit dem Bundesgebiet (ohne Hamburg)

Gütergruppe	1958	1959	Veränd. in %
	in 1 000 t		
Versand insgesamt	333	321	- 4
darunter			
Steine, Erden, Bindemittel, Schutt	121	111	- 8
Mineralöle, Mineralölderivate	55	72	+ 31
Getreide, Hülsenfrüchte	70	63	- 11
Eisen und Stahl, Eisen- u. Stahlwaren	48	43	- 12
Zubereitete Nahrungs- und Genußmittel, Stärke, Spiritus	22	13	- 43
Empfang insgesamt	643	819	+ 27
darunter			
Kohlen, Torf	298	492	+ 65
Steine, Erden, Bindemittel, Schutt	100	77	- 23
Mineralöle, Mineralölderivate	28	62	+ 118
Erze	50	62	+ 23
Eisen und Stahl, Eisen- u. Stahlwaren	32	38	+ 19
Nicht besonders genannte mineralische Rohstoffe	43	30	- 30
Getreide, Hülsenfrüchte	28	22	- 21
Düngemittel	32	18	- 43

kennen ist. Die versandten Güter werden etwa zur Hälfte nach Bremen abgefertigt, ein weiterer Teil ist für die Häfen des niedersächsischen Küsten- und Elbegebietes bestimmt. Nur etwa ein Fünftel geht direkt nach Binnenhäfen des Bundesgebietes.

Insgesamt ist der Versand gegenüber dem Vorjahre etwas zurückgegangen. Dieser Rückgang umfaßt alle größeren Gütergruppen mit Ausnahme der Mineralöle. Etwa ein Drittel der abgehenden Waren sind Steine, Erden und Bindemittel, größtenteils Zement, der nach Bremen geht. Auch von den Mineralölderivaten und dem Getreide wird fast die Hälfte dorthin verfrachtet. Die Binnenhäfen des Bundesgebietes sind an den Getreidetransporten wesentlich beteiligt. Vor allem sind sie aber Empfänger der Eisen- und Stahllieferungen. Auch die zubereiteten Nahrungs- und Genußmittel sind überwiegend für diese Häfen bestimmt.

Der Empfang ist wesentlich umfangreicher. Ein Drittel kommt direkt aus Häfen des Binnenlandes, fast 100 000 t aus Bremen. Aber auch die übrigen Güter stammen zum guten Teil aus dem Binnenland. Sicher gilt dies für die 350 000 t Kohlen, die in Emden das Schiff wechselten.

Gegenüber 1958 hat der Empfang um ein Viertel zugenommen. In erster Linie ist das eine Folge des gestiegenen Energiebedarfs, den Kohle und Treibstoffe decken. In anderen Gütergruppen sind merkliche Rückgänge festzustellen. Die Kohlenlieferungen stiegen von 300 000 t auf 500 000 t. Damit schließt sich die Lücke, die bei den Kohlelieferungen aus Hamburg entstanden war. Die Lieferungen von Steinen, Erden und Bindemitteln sind um ein Viertel gesunken. Sie kommen aus niedersächsischen Binnenhäfen und aus Bremen. Von Bremen wurden auch die Mineralöle und -derivate herangeschafft. Erze, Eisen und Stahl waren dagegen in Binnenhäfen verladen. Direkt dorthin kamen auch rund 100 000 t Kohlen.

Der Schwerpunkt des Güterverkehrs auf dem Wasserwege liegt beim Verkehr mit dem Auslande, der sich fast ausschließlich über See abspielt. Von den aus Schleswig-Holstein herausgehenden Gütern ist allerdings nur ein Viertel für ausländische Häfen bestimmt. Bei dem wesentlich umfangreicheren Empfang beträgt der Anteil aber drei Fünftel. Der Versand geht zu fast drei Vierteln in das Ostseegebiet, im übrigen nach Nord- und Westeuropa. Nicht einmal 4% gehen nach Übersee. Am Empfang ist das Ostseegebiet nur mit knapp der Hälfte beteiligt. Fast ein Drittel der Güter kamen aus Übersee, die übrigen aus Nord- und Westeuropa außer 100 000 t, die in europäischen Häfen am Mittelmeer verladen wurden.

Mit 873 000 t lag der Versand 8% höher als im Vorjahre. In fast allen bedeutenden Gütergrup-

Tab. 4 Der Güterumschlag auf dem Wasserwege mit dem Ausland

Gütergruppe	1958	1959	Veränd. in %
	in 1 000 t		
Versand insgesamt	811	873	+ 8
darunter			
N. b. g. mineralische Rohstoffe	190	201	+ 6
Mineralöle, Mineralölderivate	145	179	+ 24
Kohlen, Torf	150	169	+ 13
Eisen und Stahl, Eisen- u. Stahlwaren	82	97	+ 18
Fahrzeuge aller Art	64	69	+ 8
Steine, Erden, Bindemittel, Schutt	42	38	- 10
Chemische Erzeugnisse, außer Düngemitteln	22	36	+ 68
Düngemittel	43	15	- 66
Empfang insgesamt	3 671	3 581	- 2
darunter			
Mineralöle, Mineralölderivate	583	770	+ 32
Kohlen, Torf	828	760	- 8
Steine, Erden, Bindemittel, Schutt	500	650	+ 30
Holz und Holzwaren	650	434	- 33
N. b. g. mineralische Rohstoffe	255	292	+ 14
Erze	452	236	- 48
Lebende Tiere	143	169	+ 18

pen hat er zugenommen. In diesen Gruppen zeigt sich meist ein klarer Schwerpunkt der Transporte. Er liegt in der Gruppe "Nicht besonders genannte mineralische Rohstoffe" bei den Lieferungen von Stein- und Siedesalz in das Ostseegebiet, die 150 000 t übersteigen. In der nächsten Gruppe herrschen die Benzin- und Dieselölverschiffungen nach Holland und Belgien vor. Die Kokstransporte nach Dänemark und Schweden sind ein weiterer wichtiger Posten. Roheisen ins Ostseegebiet und nach Südamerika bildet ebenfalls einen Schwerpunkt. Auch der Versand von Kraftwagen in die nordischen Länder ist zu nennen.

Der Empfang hat sich etwa auf der Höhe des Vorjahres gehalten, doch ist dies das Resultat starker, gegenläufiger Entwicklungen. So gingen die Löschungen von Holz und Erz und auch die von Kohlen erheblich zurück, während Erdöl und Natursteine in wesentlich größerem Umfang geliefert wurden. Die Erdöltransporte kamen aus dem Nahen Osten und Mittelamerika. Die Kohlenlieferungen aus den USA betragen 1958 noch über eine halbe Million Tonnen. Sie gingen um über 200 000 t zurück, dagegen nahmen die Lieferungen aus England, Nord- und Osteuropa zu. Die Natursteine werden ganz überwiegend aus dem Ostseeraum bezogen, dorthin kommt auch das Holz. Gegenüber 1958 gingen die Bezüge von Papierholz auf die Hälfte und von Grubenholz auf ein Drittel zurück. Stammholz wurde dagegen mehr bezogen und Schnittholz hielt sich. Unter den mineralischen Rohstoffen herrschen Rohphosphate vor, die aus Übersee bezogen werden. Die Einfuhr von Eisenerzen ging von fast 300 000 t auf unter 100 000 t zurück und beschränkt sich jetzt auf schwedische Erze. Die Lieferungen von Kupfererzen aus West- und Südeuropa hielten sich dagegen fast auf der alten Höhe. Die Anlandungen

von Rindern und Schweinen aus dem Ostseegebiet für die Seegrenzschlachthöfe in Flensburg, Kiel und Lübeck nahmen zu.

An den 10 Mill. t, die im Jahre 1959 umgeschlagen wurden, waren 60 Häfen beteiligt. Fast 90% des Gesamtumschlages entfiel auf die 11 Häfen mit Umschlägen von über 100 000 t im Jahr. 23 Häfen schlugen zwischen 10 000 und 100 000 t um und hatten dabei einen Anteil von 7,7%. Der Umschlag der übrigen Häfen erreichte gerade 1%. Außerdem wurden bei Flußregulierungen 380 000 t Baggergut verladen.

Lübeck als größter Hafen ist mit über einem Viertel am Gesamtumschlag beteiligt. 2 Mill. t Löschungen stehen knapp 700 000 t Verladungen gegenüber. Kohlen, Steine, Erze, Holz, mineralische Rohstoffe, Getreide, Zellstoff und Vieh sind die wichtigsten Posten im Empfang. Versandt wurden Stein- und Siedesalz, Koks, Roheisen, Kraftfahrzeuge und Mörtel. Daneben wurden noch Güter verschiedenster Art in kleineren Mengen abgefertigt. Mit 1,5 Mill. t Gesamtumschlag folgt in der Reihe Brunsbüttelkoog, das aber einen recht einseitigen Umschlag hat. Rohöl und Rohphosphat machen über 1 Mill. t des Empfanges aus, neben denen noch 100 000 t andere Güter ankommen. Verladen wurden 350 000 t Benzin und Dieselöl. Auch die Sandplätze am Elbe-Trave-Kanal hatten einen Umschlag von 1,5 Mill. t, der ausschließlich im Versand von Sand und Kies besteht. Kiel erreichte nicht ganz die Millionengrenze. Neun Zehntel des Umschlages entfallen auf den Empfang, in dem Kohlen, Treibstoffe, Vieh und Steine und Erden vorherrschen. Versandt werden Getreide und Eisen- und Stahlwaren. Itzehoe mit einem Gesamtumschlag von fast 600 000 t empfing Kohlen, Treibstoffe und Steinen und Erden und versandte Zement. Flensburg bietet mit einer halben Mill. t Umschlag ein buntes Bild, in dem Löschungen von Kohlen, Steinen und Erden, Vieh, Holz und Getreide und Verladungen von Koks und Getreide vorherrschen. Steine und Erden, Treibstoffe und Kohlen bilden das Rückgrat des Rendsburger Hafenumschlages. Daneben sind noch zahlreiche Güter vertreten, so daß insgesamt 400 000 t umgeschlagen wurden. In Uetersen wurden fast nur Güter gelöscht (200 000 t). An erster Stelle stehen Holz, Futtermittel und Getreide. Im Gegensatz hierzu ist Lägerdorf ein reiner Versandhafen, in dem 160 000 t Zement verladen wurden. In Elmshorn (120 000 t) liegt der Schwerpunkt auf dem Empfang von Getreide. Der etwa gleichgroße Empfang Glückstadt's teilt sich auf in Baumwolle, Treibstoffe, Zellstoff, Steine und Erden, Kohlen, Holz und einige weniger bedeutende Güter.

Für die Schifffahrt ist es wichtig, daß sich in den Häfen Versand und Empfang möglichst die

Waage halten, damit nach dem Löschen gleich wieder eine andere Ladung bereit steht und Leerfahrten möglichst vermieden werden. Eine einfache Gegenüberstellung kann allerdings nur ein grobes Bild geben. In Wirklichkeit liegen die Dinge ungünstiger, als es die Gleichheit der umgeschlagenen Mengen zu zeigen scheint. Ein Tanker kann nämlich keine Trockenfracht nehmen oder ein hochseegehendes Schiff nicht über eine Binnenwasserstraße auslaufen. Auch zeitliche Differenzen sind zu berücksichtigen, die das Warten auf eine Fracht nicht lohnend machen. So gibt die Gegenüberstellung nur den günstigsten Grenzfall. Insgesamt ist für das Land das Verhältnis einigermaßen ausgeglichen, da der Empfang nur das 1,6fache des Versandes ausmacht. In den einzelnen Häfen sieht es aber fast immer schlechter aus. Ganz

überwiegenden Empfang haben Rendsburg, Uetersen, Elmshorn und Glückstadt. Reine Versandhäfen sind Lägerdorf und die Sandplätze. Auch in Kiel ist das Verhältnis Versand zu Empfang wie 1 zu 10. In Flensburg ist es mit 1 : 4 besser und in Brunsbüttelkoog und Lübeck mit 1 : 3 recht gut. Fast ausgeglichen ist es in Itzehoe und in Husum. Auch in einigen der kleineren Häfen halten sich Empfang und Versand etwa die Waage. Hier spielen aber die zeitlichen Differenzen eine große Rolle. Die meisten der kleineren Häfen haben einen einseitig betonten Umschlag.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

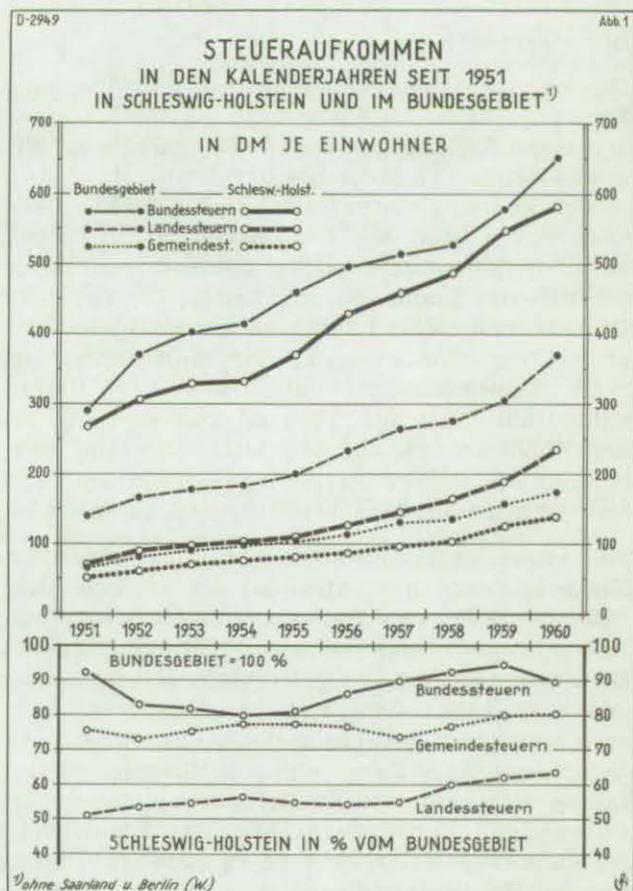
Vergleiche auch: "Güterverkehr auf dem Wasserwege 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 103 (Mai)

Das Steueraufkommen in Schleswig-Holstein

Nach einem Gesetz vom 2. März 1960 wurde am 1. 1. 1961 in Schleswig-Holstein das bisher übliche Rechnungsjahr, das mit dem 1. April begann, auf das Kalenderjahr umgestellt. Mit dem 31. 12. 1960 schließt demnach ein Rechnungsjahr ab, das nur einen Zeitraum von neun Monaten (1. 4. bis 31. 12. 1960) umfaßt. Um die Entwicklung des Steueraufkommens mit früheren bzw. kommenden Jahren ohne Schwierigkeiten beobachten zu können, wird im folgenden anstelle des Rumpfrechnungsjahres 1960 das Steueraufkommen im Kalenderjahr 1960 dargestellt und dem Aufkommen früherer Kalenderjahre gegenübergestellt.

An Gemeinde-, Landes- und Bundessteuern wurden in Schleswig-Holstein im Jahr 1960 insgesamt 2 204 Mill. DM oder 959 DM je Einwohner aufgebracht. Außerdem wurden noch 77 Mill. DM, das sind 33 DM je Einwohner, an Lastenausgleichsabgaben gezahlt. Den weitaus größten Anteil am Steueraufkommen beanspruchte mit 61% (im Bundesgebiet: 54%) oder 583 DM je Einwohner der Bund. 1955 belief sich dieser Anteil noch auf zwei Drittel (im Bundesgebiet: 60%). An zweiter Stelle folgt mit 236 DM je Einwohner und einem Anteil von 24,6% das Landessteueraufkommen. An letzter Stelle steht mit 140 DM je Einwohner und einem Anteil von 14,6% das Aufkommen an Gemeindesteuern.

Auffällig ist, daß die Steigerungssätze des Aufkommens in den letzten drei Jahren gegenüber 1955 in Schleswig-Holstein bei den Bundes- und



Landessteuern stets höher liegen als im Durchschnitt aller Länder.

Tab. 1 Die Entwicklung des Steueraufkommens

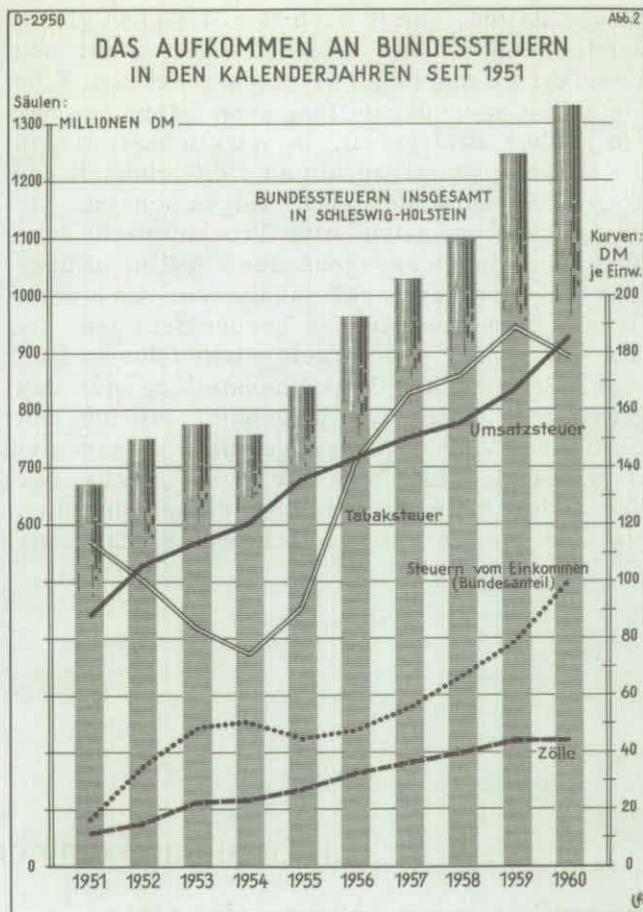
Gebiet — Steuerart	Mehraufkommen an Steuern				
	gegenüber 1955			gegenüber dem Vorjahr	
	1958	1959	1960	1959	1960
	in %				
Schleswig-Holstein					
1. Bundessteuern	30,1	47,3	57,6	13,2	7,0
2. Landessteuern	48,8	72,6	115,6	16,0	24,9
3. Gemeindesteuern	26,6	54,3	72,1	22,0	11,5
Bundesgebiet					
1. Bundessteuern	17,3	30,4	48,1	11,2	13,6
2. Landessteuern	41,2	58,6	94,1	12,3	22,4
3. Gemeindesteuern	31,7	55,5	72,8	18,1	11,2

Eine Ausnahme bilden allerdings die Zuwachsraten der Gemeindesteuern. Die schleswig-holsteinischen Kommunen konnten mit der Entwicklung des Gemeindesteueraufkommens seit 1955 im Bundesgebiet nicht Schritt halten. Dagegen liegen die jährlichen Zuwachsraten 1959 und 1960 auch bei den schleswig-holsteinischen Gemeinden höher als bei den kommunalen Gebietskörperschaften im Bundesgebiet. Der in Schleswig-Holstein günstigere Entwicklung entspricht auch eine Annäherung des Brutto-Inlandsprodukts an den Bundesdurchschnitt, den Schleswig-Holstein 1955 nur zu 69%, 1959 dagegen zu 75% erreichte.

Bundessteuern

Die ertragreichste Steuer ist mit Unterbrechung der Jahre 1951, 1958 und 1959 die Umsatzsteuer, deren Aufkommen sich 1960 um 12% erhöhte und damit 427 Mill. DM erreichte. Ihr Anteil an den Bundessteuern belief sich auf 32%. Dennoch erreichten die Einnahmen je Einwohner aus der Umsatzsteuer in Schleswig-Holstein nur 64% des Bundesdurchschnitts. Die nach der Umsatzsteuer dem Betrag nach wichtigste Steuer ist die Tabaksteuer. Ihr Aufkommen ist recht schwankend, es stieg seit 1954 unterschiedlich stark bis 1959 an und verminderte sich 1960 um 5% auf 412 Mill. DM. Die Einnahmen aus dieser Steuer lagen damit um 181% über dem bundesdurchschnittlichen Aufkommen.

Bei einem Aufkommensvergleich der einzelnen Bundessteuern untereinander ist zu beachten, daß die Höhe des Aufkommens in Schleswig-Holstein mehr oder weniger zufallsbedingt ist. So werden in Schleswig-Holstein getätigte Umsätze von Unternehmen, deren Hauptgeschäftssitz außerhalb Schleswig-Holsteins liegt, von dem zuständigen Finanzamt des Hauptgeschäftssitzes besteuert. Die Beförderungsteuer für Güter- und Personenverkehr der Bundesbahn in Schleswig-Holstein wird in großem Umfang von der Bundesbahndirektion in Hamburg an die Bundesfinanzkasse abgeführt. Dagegen sind die Einnahmen aus Zöllen für Waren, die die Grenze nach Schleswig-Holstein passieren, aber zum



großen Teil nicht für Schleswig-Holstein bestimmt sind, von den Zollkassen in Schleswig-Holstein vereinnahmt und nachgewiesen. - Ein regionaler Vergleich zeigt auf, daß Schleswig-Holstein in der Aufkommenshöhe den Bundesdurchschnitt in den vergangenen 10 Jahren zu 80% (1954) bis 95% (1959) erreichte, bei allerdings starken Unterschieden in den Steuerarten.

Landessteuern

Die Zuwachsquoten bei den Landessteuern sind in den letzten Jahren, besonders aber 1960, recht hoch gewesen. Ihre Höhe wurde entscheidend durch das rasche Ansteigen der Steuern vom Einkommen bestimmt. Mit dem 1. 1. 1958 wurde ein Steueränderungsgesetz gültig, das eine proportionale Vorstufe mit einem Steuersatz von 20% und erst von einer gewissen Einkommenshöhe an einen progressiven Tarif vorsah. Ferner wurden die Freibeträge für Kinder und die Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben allgemein erhöht. Dadurch wurde ein hoher Prozentsatz bisher Steuerpflichtiger steuerbefreit; nur in wenigen Ausnahmen (rund 1% aller Lohnsteuerpflichtigen) wurde 1958 ein unselbständiger Arbeitnehmer nach progressiven Sätzen besteuert. Nicht viel mehr als 5% der zur Einkommensteuer Veranlagten dürften nach progressivem Tarif besteuert worden sein.

Infolge der mehrfachen Gehalts- und Lohnerhöhungen hat die Zahl der Steuerbefreiten im Laufe der letzten 3 Jahre beträchtlich abgenommen, andererseits wurde eine immer breitere Spitzengruppe nach progressiven Sätzen besteuert. Diese größere Breitenwirkung der Steuern vom Einkommen und das Hineinwachsen in den Progressionstarif hatten eine außergewöhnlich starke Erhöhung des Steueraufkommens zur Folge. So sind es auch die Einkommensteuern, deren Zuwachsrate sich 1960 gegenüber 1959 von allen Steuerarten einschließlich der Bundes- und Gemeindesteuern am stärksten erhöhten, und zwar die Körperschaftsteuer um 36%, die Lohnsteuer um 35%; die veranlagte Einkommensteuer erhöhte sich dagegen, gemessen an den beiden anderen genannten Steuern vom Einkommen, nur relativ gering: ihre Zuwachsquote betrug 22%. Sie wird erst in den Jahren 1961 und 1962 höher sein, da erst dann den veranlagten Steuerpflichtigen die Steuerbescheide für das recht gute Geschäftsjahr 1960 zugehen.

Auch gegenüber 1955 ergeben sich für die Steuern vom Einkommen hohe Zuwachsquoten: so nahm die Lohnsteuer um 100%, die veranlagte Einkommensteuer um 128% und die Körperschaftsteuer sogar um 177% zu.

Für das Jahr 1961 wird mit einer weiteren erheblichen Aufkommenssteigerung zu rechnen

sein, da weitere Steuerbefreite steuerbelastet sein werden und die Spitzengruppe der nach progressiven Sätzen Besteuerten weiter anwachsen wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Gehalts- und Lohnsteigerungen im Laufe des Jahres 1960 sich steuerlich erst 1961 voll auswirken werden und daß sie sich in der 1. Hälfte des Jahres 1961 fortsetzen.

Bei den übrigen Landessteuern spielt noch die Kraftfahrzeugsteuer eine größere Rolle. Auch ihr Aufkommen stieg von Jahr zu Jahr; die jährlichen Zuwachsquoten bewegen sich seit 5 Jahren zwischen 13% (1959) und 19% (1960). Sie ist dem Betrag nach die viertwichtigste Steuer. Ihre Aufkommenssteigerung ergab sich durch die wachsende Zahl der Kraftfahrzeughalter und durch die unterschiedliche Entwicklung der Anteile der einzelnen Fahrzeugarten (z. B. sinkender Anteil der Krafträder). Daraus resultiert ein ständig steigender durchschnittlicher Steuerbetrag je Kraftfahrzeug. Hinzu kommt, daß die Kraftfahrzeughalter in geringerem Umfang als in Vorjahren ihre Fahrzeuge über die Wintermonate steuerlich abmelden.

Tab. 2 Anteil einzelner Steuern am Landessteueraufkommen

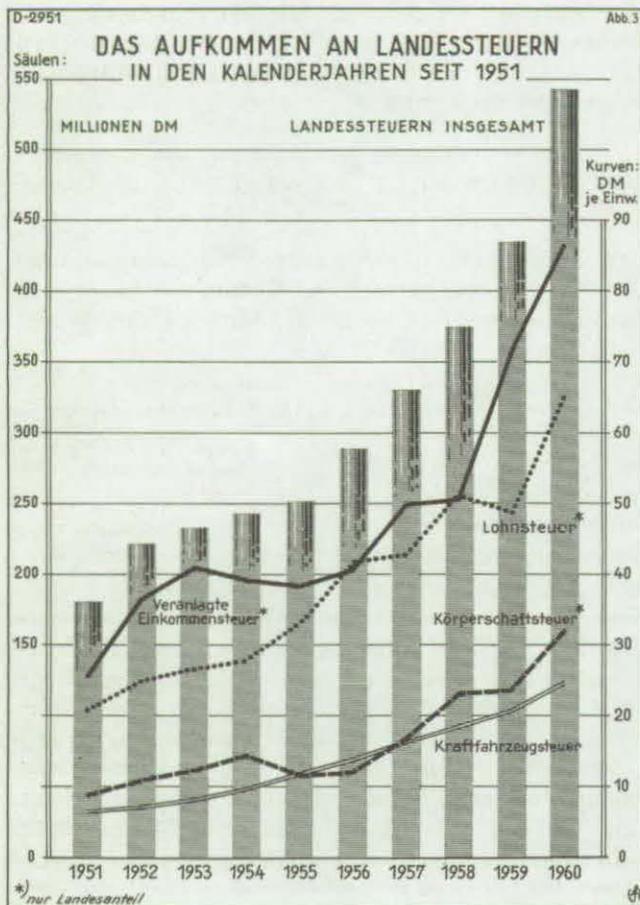
Steuerart	Anteil am Landessteueraufkommen in % im Kalenderjahr	
	1955	1960
Veranlagte Einkommensteuer ¹	34,8	36,6
Lohnsteuer ¹	30,1	27,7
Körperschaftsteuer ¹	10,5	13,5
Kraftfahrzeugsteuer	10,8	10,4
Vermögenssteuer	5,0	3,9
Übrige Landessteuern	8,8	7,9

1) Landesanteile

Nach ihrem Anteil am Landessteueraufkommen gemessen folgt an fünfter Stelle die Vermögenssteuer mit einer Zuwachsquote von 4%.

Fast acht Zehntel (78%) des Aufkommens aller 19 Landessteuern entfielen 1960 auf die drei Steuern vom Einkommen.

Seit 1957 liegt Schleswig-Holstein mit der jährlichen Zuwachsrate höher als der Durchschnitt der Länder. Das Steueraufkommen folgt damit einer ähnlichen Entwicklung wie das Bruttosozialprodukt. Immerhin hat diese günstige Zuwachsquote nichts daran ändern können, daß Schleswig-Holstein in seinem Steueraufkommen je Einwohner nach wie vor den letzten Platz unter den Ländern des Bundesgebiets einnimmt, wenn auch im Jahre 1960 dicht gefolgt von Rheinland-Pfalz. Im Jahre 1956 erreichte Schleswig-Holstein den Bundesdurchschnitt nur zu 54%. Es konnte sich ihm bis zum Jahre 1960 um 10 Punkte auf 64% nähern. Bemerkenswert ist die Annäherung an den Bundesdurchschnitt allein im Jahre 1958 um 5 Punkte. Sie dürfte



sich dadurch erklären, daß in Schleswig-Holstein die untersten Einkommensgruppen stärker, die höheren dagegen geringer besetzt sind als im Durchschnitt der Länder. Bei dem vor 1958 durchweg angewendeten Progressionstarif wirkte sich diese für Schleswig-Holstein ungünstige Einkommenspyramide durch relativ geringere Steuereinnahmen stärker aus. Diese Wirkung wurde durch den in einer breiten Einkommenszone angewendeten Proportionaltarif abgeschwächt. So stieg das Lohnsteueraufkommen in Schleswig-Holstein im Durchschnitt der Kalenderjahre 1958 und 1959 gegenüber 1957 um 17,7%, in den Ländern des Bundesgebietes dagegen nur um 8,9%; bei der veranlagten Einkommensteuer ist der Unterschied noch größer, hier betragen die entsprechenden Zuwachsraten 23,3% und 6,1%.

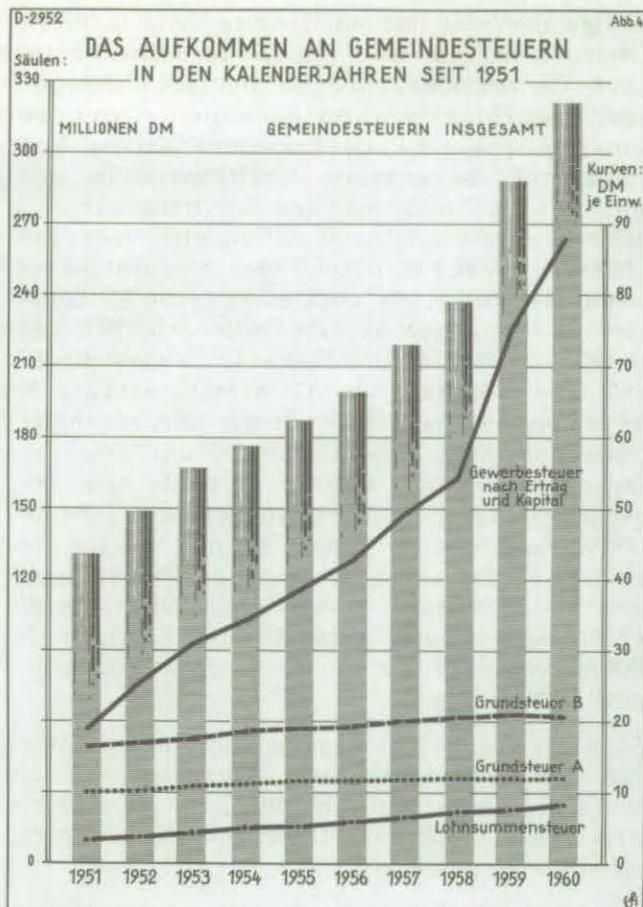
Gemeindesteuern

Das Gemeindesteueraufkommen ist im Jahre 1960 in Schleswig-Holstein weiterhin kräftig um 33 Mill. DM, das sind 11%, gestiegen. Im Gegensatz zu dem Bundes- und Landessteueraufkommen wurde die Zuwachsquote des letzten Jahres (22%) nicht erreicht. An dem Mehraufkommen ist zu 90% die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital beteiligt; deren Aufkommen erhöhte sich um 30 Mill. DM oder 17%. Damit hat sich die Bedeutung der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital weiter erhöht. Ihr Anteil am Gemeindesteueraufkommen belief sich auf 63%, nach dem Betrag liegt sie hinter dem Aufkommen an Lohnsteuer und vor dem an Körperschaftsteuer. Der Ertrag ist zu neun Zehnteln, das Kapital nur zu einem Zehntel am Gewerbesteueraufkommen beteiligt¹.

Die Zuwachsquoten bei den anderen Steuerarten sind gering. Das Vergnügungssteueraufkommen vermindert sich sogar seit 2 Jahren, verursacht durch geringere Einnahmen an Kinosteuer auf Grund der sinkenden Zahl der Kinobesucher. An Vergnügungssteuer kamen 1955 insgesamt 7,6 Mill. DM auf. Der Anteil der Kinosteuer belief sich damals auf 80%. Sie erreichte 1958 mit 9,8 Mill. DM das bisher höchste Aufkommen, der Anteil der Kinosteuer ging auf 77% zurück. Da das Kinosteueraufkommen innerhalb der nächsten 2 Jahre bis 1960 um 36% abnahm, beträgt sein Anteil an der Vergnügungssteuer nunmehr 64% von insgesamt 7,4 Mill. DM Vergnügungssteueraufkommen.

Das Aufkommen an Grundsteuer B ist gegenüber den Vorjahren relativ konstant geblieben. Die seit Jahren rege Bautätigkeit findet z. Z. kaum Niederschlag in einem entsprechend höheren Steueraufkommen. Der Verlust, der den Ge-

1) nach einer Feststellung aus der Gewerbesteuerstatistik 1958



meinden durch die Steuerbefreiungsvorschriften des Ersten und Zweiten Wohnungsbaugesetzes entstand, beziffert sich allein im Jahre 1960 auf 16 Mill. DM; seit 1950 betrug der Steuerverlust 77 Mill. DM.

Eine Verteilung des Ausfalls nach Gemeindegrößenklassen bringt die untenstehende Übersicht.

Die Gemeindegrößenklassen sind unterschiedlich an der Steigerung des Gemeindesteueraufkommens beteiligt. So ist die Entwicklung in den

Tab. 3 Ausfall an Grundsteuer B auf Grund der Steuervergünstigungen des I. und II. Wohnungsbaugesetzes

Gemeindegrößenklasse ¹	Ausfall 1951-1960		darunter Ausfall 1960		Aufkommen an Grundsteuer B 1960 DM je Einw.	Ausfall 1960 in % des Aufkommens
	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.		
Kreisangeh. Gemeinden mit ... Einwohnern						
weniger als 1 000	4,6	10,7	1,0	2,4	9,2	25,7
1 000 bis unter 3 000	6,4	21,4	1,4	4,6	10,5	43,7
3 000 " " 5 000	4,8	27,3	1,1	6,1	19,4	31,6
5 000 " " 20 000	19,5	39,5	4,2	8,6	21,2	40,4
20 000 " " 50 000	10,4	44,9	2,1	8,9	26,4	33,7
Kreisfreie Städte	31,1	46,2	6,3	9,4	30,2	31,2
Schleswig-Holstein	76,8	33,4	16,1	7,0	20,6	33,9

1) unter Berücksichtigung der neuen Zuordnung nach Gemeindegrößenklassen ab 1956

kreisfreien Städten im letzten Jahr unterdurchschnittlich gewesen. Die Zuwachsquote betrug nur 7% gegenüber 23% im vorigen Jahr. Den größten Steuerzuwachs haben die Gemeinden von 5 000 bis 10 000 und von 3 000 bis 5 000 Einwohner zu verzeichnen gehabt.

Diese unterschiedliche Entwicklung ist auch wieder durch die Aufkommensentwicklung der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital verursacht. Ihre Zuwachsquote belief sich im Jahre 1960 in den kreisfreien Städten auf 9% gegenüber 41% in den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern oder 39% in den Gemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern.

Gegenüber den Ländern des Bundesgebiets hatten die Städte und Gemeinden Schleswig-Holsteins in den letzten 4 Jahren ständig höhere Zuwachsquoten, so daß die Kommunen Schleswig-Holsteins sich dem Durchschnitt der Bundesländer, den sie 1957 nur zu 74% erreichten, auf 80% im Jahre 1960 näherten. Das Aufkommen ist unterdurchschnittlich, obwohl Schleswig-Holstein die Realsteuern nach wie vor über-

Tab. 4 Das Mehraufkommen aus Gemeindesteuern und aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital

Gemeindegrößenklasse	Mehraufkommen gegenüber dem Vorjahr in %			
	Gemeindesteuern insgesamt		Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	
	Kalenderjahr 1959	Kalenderjahr 1960	Kalenderjahr 1959	Kalenderjahr 1960
Kreisangeh. Gemeinden mit ... Einwohnern				
weniger als 2 000	12	17	41	41
2 000 bis unter 3 000	21	19	38	29
3 000 " " 5 000	19	21	32	33
5 000 " " 10 000	19	26	29	39
10 000 " " 20 000	36	- 0	52	- 0
20 000 " " 50 000	27	15	38	22
Kreisfreie Städte	23	7	40	9
Landkreise	14	15	-	-
Insgesamt	22	11	39	17

durchschnittlich ausschöpft. Der durchschnittliche gewogene Hebesatz liegt bei der Grundsteuer A im Jahre 1959 um 10 Punkte, bei der Grundsteuer B um 25 Punkte und bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital um 9 Punkte über dem Durchschnitt der Länder.

Tab. 5 Gewogene Durchschnittshebesätze der Realsteuern (%) im Rechnungsjahr 1959

Gemeindegrößenklasse	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹		
	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital
Kreisangehörige Gemeinden mit ... Einwohnern						
weniger als 1 000	195	192	254	195	187	252
1 000 bis unter 2 000	195	192	254	182	178	251
2 000 " " 3 000	180	199	271	172	181	260
3 000 " " 5 000	189	209	278	169	186	267
5 000 " " 10 000	185	210	280	167	191	269
10 000 " " 20 000	192	211	268	163	194	268
20 000 " " 50 000	198	242	287	147	207	266
Kreisfreie Städte	194	299	283	156	243	272
Zusammen	193	243	278	183	218	269

1) ohne Berlin und Saarland

Würden die Hebesätze in Schleswig-Holstein die Höhe des Bundesdurchschnitts erreichen, so wäre das Gemeindesteueraufkommen im Rechnungsjahr 1959 um 13,4 Mill. DM geringer gewesen².

Schlüsselzuweisungen

Im Jahr 1960 wurden 63,0 Mill. DM Schlüsselzuweisungen (einschließlich Grundsteuerausfallentschädigung) an die Gemeinden und Landkreise verteilt. Die Zuweisungen lagen damit um 15,3 Mill. DM, das sind 20%, niedriger als im Vorjahr. Diese Verminderung ergab

sich im wesentlichen durch den Verbund mit dem Länderfinanzausgleich. Der Steuerverbund hat diese durch den Länderfinanzausgleich verursachte Senkung nicht in vollem Umfang auffangen können. Durch das Steuer Mehraufkommen des Landes im Rechnungsjahr 1960 und die gegenüber 1959 höheren Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich sind im Rechnungsjahr 1961 die Schlüsselzuweisungen um 50%, das sind 31,6 Mill. DM, gestiegen:

Schlüsselzuweisungen an	Rechnungsj. 1960		Rechnungsj. 1961	
	in Mill. DM	in %	in Mill. DM	in %
Kreisfreie Städte	10,0	15,8	17,3	18,3
Kreisangeh. Gemeinden	32,9	52,2	46,8	49,4
Landkreise	20,2	32,0	30,5	32,3

2) Vergleiche auch Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 238 (Oktober) mit Angaben über höhere Steuerauserschöpfung in Schleswig-Holstein in Vorjahren

Während im Rechnungsjahr 1950 die Finanzzuweisungen je Einwohner mit steigender Gemeindegrößenklasse stiegen, liegen die Verhältnisse, von den kreisfreien Städten abgesehen, im Rechnungsjahr 1960 genau umgekehrt.

Im Jahr 1959 erhielten die kreisfreien Städte mit 30% den größten Anteil der Schlüsselzuweisungen. Im Jahr 1950 hatte sich dieser Anteil noch auf 55% belaufen. 1960 standen die kreisfreien Städte mit 23% an zweiter Stelle hinter den Gemeinden mit weniger als 1 000

Einwohnern, die 26% aller Schlüsselzuweisungen erhielten. Im Jahr 1961 hat sich dieser Prozentsatz für die kreisfreien Städte wieder auf 27% gegenüber 25% bei den Gemeinden bis 1 000 Einwohner erhöht. Nur 78 der 1 395 Städte und Gemeinden erhielten keine Schlüsselzuweisungen; bis auf die kreisfreien Städte verteilen sich diese Gebietskörperschaften auf alle Gemeindegrößenklassen.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Die Entwicklung des Lastenausgleichs in Schleswig-Holstein 1959 und 1960

- Von Ministerialrat Dr. Werner Wragge, Kiel -

Einnahmen

Die Veranlagung der Hypothekengewinnabgabe, der Kreditgewinnabgabe und der Vermögensabgabe ist bis auf wenige Fälle, in denen noch Rechtsmittelverfahren schweben, abgeschlossen. Die dem Bundesrat vorliegende 14. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz (LAG) wird für einen Teil der Kriegssachgeschädigten gewisse Erleichterungen bringen. Die hierdurch entstehenden Ausfälle bei den Einnahmen verteilen sich auf eine Reihe von Jahren.

Ein Vergleich des Aufkommens der Lastenausgleichsabgaben in den letzten beiden Jahren bietet deshalb gewisse Schwierigkeiten, weil das Rechnungsjahr 1960 nur 9 Monate (1. 4. bis 31. 12. 1960) umfaßte und folglich ein Hauptabgabetermin (15. 2.) nicht wie in den früheren Jahren in dieses Rechnungsjahr fiel. Da die Landwirtschaft vom Abgabetermin im Monat August freigestellt ist, kann man das Aufkommen des Rechnungsjahres 1960 mit dem Aufkommen des Rechnungsjahres 1959 nicht in der Weise vergleichen, daß man das Aufkommen im Rechnungsjahr 1959 nur mit drei Viertel in Ansatz bringt. Um wenigstens gegenüber den früheren Jahren gewisse Vergleichsmöglichkeiten zu haben, sind die Zahlen für das Rechnungsjahr 1958 und das Gesamtaufkommen von 1949 bis 1960 (für den Soforthilfefonds und den Ausgleichsfonds) mit aufgeführt.

Das Aufkommen aus der Hypothekengewinnabgabe war im Rechnungsjahr 1959 um über 50% größer als 1958 und erreichte in dem Dreivierteljahr des Rechnungsjahres 1960 beinahe die Höhe des Aufkommens des Rechnungsjahres 1958 (12 Monate). Auch bei der Vermögensab-

Tab. 1 Entwicklung der Lastenausgleichsabgaben in Schleswig-Holstein

	1958	1959	1960	1949-1960
	Mill. DM			
Hypothekengewinnabgabe	19,7	32,8	18,2	362,9
Kreditgewinnabgabe	2,4	2,2	1,6	13,2
Vermögensabgabe	42,5	49,8	32,3	613,5
Insgesamt	64,6	84,8	52,1	989,6

gabe war im Rechnungsjahr 1959 ein Ansteigen gegenüber dem Rechnungsjahr 1958 zu verzeichnen. Es lag 1960 höher als drei Viertel des Rechnungsjahres 1958. Die Gründe hierfür liegen in der allgemeinen günstigen Entwicklung, die die Möglichkeit bietet, nicht nur die laufenden Abgaben zu entrichten, sondern auch die in früheren Jahren in großem Umfange gestundeten Abgaben allmählich zu begleichen. Von besonderer Bedeutung für die Höhe des Aufkommens war auch, daß vielfach von der Möglichkeit der vorzeitigen Ablösung der Lastenausgleichsabgaben durch die Steuerpflichtigen Gebrauch gemacht worden ist. Der bei der vorzeitigen Ablösung gewährte Bonus und die Flüssigkeit am Geldmarkt haben dazu beigetragen, daß Lastenausgleichsabgaben in einem unerwartet hohen Umfang vorzeitig abgelöst worden sind.

Das Absinken der Zuschüsse aus dem Vermögensteueraufkommen von 1958 auf 1959 ist nicht etwa auf eine Minderung des Vermögensteueraufkommens zurückzuführen, sondern auf eine Gesetzesänderung. Bis 1958 mußten die Länder bis zu 90% des Vermögensteueraufkommens an den Ausgleichsfonds abführen, ab 1959 brauchen sie nur noch Zuschüsse in Höhe von 25% des Vermögensteueraufkommens an den Aus-

Tab. 2 Entwicklung der Zuschüsse des Landes Schleswig-Holstein an den Ausgleichsfonds

	1958	1959	1960	1949-1960
	Mill. DM			
Zuschuß aus dem Vermögensteueraufkommen	10,8	5,1	4,1	79,0
Garantiezuschuß des Landes	-	5,0	4,5	9,5
Zuschuß des Landes zur Unterhaltshilfe	6,7	8,1	6,5	57,5
Teuerungszuschlag	-	-	-	1,4
Insgesamt	17,5	18,2	15,1	147,4

gleichsfonds zu leisten. Bei gleichbleibenden Vermögensteueraufkommen hätte das Land im Jahre 1959 rund 4 Mill. DM und im Jahre 1960 rund 3 Mill. DM leisten müssen. Mit einem weiteren Ansteigen dieser Zuschüsse ist mit Rücksicht auf das Ansteigen des künftigen Vermögensteueraufkommens mit fortschreitender Vermögensbildung zu rechnen.

Den Garantiezuschuß gewähren die Länder dem Ausgleichsfonds für den Ausfall, der sich aus der Senkung der Abführung der Vermögensteuer von 90% auf 25% ergibt. Dieser Zuschuß geht auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen jährlich zurück.

Zur Unterhaltshilfe leisten Bund und Länder an den Ausgleichsfonds jährlich einen Zuschuß bis zur Höhe von 500 Mill. DM, jedoch nicht mehr als 50% der Ausgaben für die Unterhaltshilfe. Die Zahl der Unterhaltshilfe-Empfänger geht zwar infolge des Ablebens der Geschädigten und der verbesserten Wirtschaftslage der noch lebenden Geschädigten laufend zurück; die Unterhaltshilfesätze sind jedoch in den letzten Jahren mehrfach erhöht worden - womit auch für die Zukunft zu rechnen ist - so daß die Zuschüsse des Landes voraussichtlich noch für mehrere Jahre in Höhe von annähernd 8 Mill. DM jährlich an den Ausgleichsfonds geleistet werden müssen.

Der Teuerungszuschlag war eine einmalige Leistung aller Länder im Jahre 1953.

Die Gesamtleistungen aus dem Lande Schleswig-Holstein an den früheren Soforthilfefonds und jetzigen Ausgleichsfonds setzen sich zusammen aus den Lastenausgleichsabgaben (siehe Tabelle 1) und aus den Zuschüssen aus dem Landeshaushalt (siehe Tabelle 2). Sie haben bis zum 31. 12. 1960 betragen:

Tab. 3 Gesamtleistungen aus Schleswig-Holstein an den Ausgleichsfonds

	1958	1959	1960	1949-1960
	Mill. DM			
Lastenausgleichsabgaben	64,6	84,8	52,1	989,6
Zuschüsse des Landes	17,5	18,2	15,1	147,4
Insgesamt	82,1	103,0	67,2	1 137,0

Ausgaben

Die Ausgaben des früheren Soforthilfefonds und des jetzigen Ausgleichsfonds sind in den einzelnen Jahren gewissen Schwankungen unterworfen gewesen.

Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Ausgleichsämter bei neu anlaufenden Aktionen oder Gesetzesänderungen sich mit Rücksicht auf die große Zahl und die Notlage der Geschädigten große Mühe gegeben haben, die Masse der Fälle so schnell wie irgend möglich zu bearbeiten. Etwaige Pausen zwischen den einzelnen Aktionen und Gesetzesänderungen werden dazu benutzt, um die geringe Zahl schwieriger Fälle zu bearbeiten.

Im folgenden wird unterschieden zwischen Auszahlungen, die unmittelbar über die Amtskassen der Ausgleichsbehörden gelaufen sind, und den Zahlungen, die durch Geldinstitute geleistet sind.

Tab. 4 Leistungen des Ausgleichsfonds durch die Amtskassen

	1958	1959	1960	1949-1960
	Mill. DM			
Hauptentschädigung	18,0	42,2	42,3	111,3
Kriegsschadenrente	88,4	97,7	71,6	839,7
Hausratentschädigung	62,0	49,7	11,5	504,7
Ausbildungshilfe	5,5	4,4	2,7	78,2
Heimförderung	0,5	0,5	0,4	14,0
Insgesamt	174,4	194,5	128,5	1 547,9

Voraussetzung für die Erfüllung der Hauptentschädigung und für die Zahlung der Entschädigungsrente ist, daß der dem Antragsteller entstandene Vermögensschaden festgestellt worden ist. Die "Schadensfeststellung" muß praktisch für die Vermögensschäden aller Deutschen in der ganzen Welt durchgeführt werden, so weit diese Schäden durch die Ereignisse des zweiten Weltkrieges entstanden sind. Diese Schäden werden in Höhe des früheren Einheitswertes oder eines Ersatzeinheitswertes unter Berücksichtigung der früheren Schulden festgestellt. Die Ausgleichsbehörden in Schleswig-Holstein haben den allergrößten Wert darauf gelegt, die Feststellungsarbeiten so schnell wie irgend möglich voranzutreiben. Bis zum 30. 4. 1961 waren in Schleswig-Holstein 86% aller Schadensfeststellungsanträge bearbeitet, 75% der Antragsteller hatten bereits einen endgültigen Bescheid - die übrigen einen Teilbescheid - erhalten. Damit liegt Schleswig-Holstein in der Bearbeitung der Feststellungsanträge weit vor allen anderen Ländern der Bundesrepublik. Zu dem guten Arbeitsergebnis haben die Heimatauskunftstellen in Lübeck, die in bezug auf ihre Heimatgebiete für alle Ausgleichsbehörden in der Bundesrepublik zuständig sind, wesentlich beigetragen.

Die Hauptentschädigung ist eine Leistung des Ausgleichsfonds für entstandene Vermögensschäden. Da es unmöglich ist, die gesamten Vermögensschäden, die durch die Ereignisse des zweiten Weltkrieges entstanden sind, voll zu erstatten, ist die Hauptentschädigung gestaffelt, d. h. Geschädigte mit hohen Vermögensschäden erhalten eine verhältnismäßig geringe Hauptentschädigung, mindestens jedoch 6,5% des festgestellten Schadens; Geschädigte mit geringen Vermögensschäden erhalten eine Hauptentschädigung bis zur Höhe des festgestellten Schadensbetrages (immer unter Berücksichtigung früherer Schulden).

Die bisherigen Staffelsätze werden durch die 14. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz teilweise erheblich angehoben. Dies führt zu einer Erhöhung der Hauptentschädigung.

Mit Rücksicht darauf, daß bei Inkrafttreten des LAG im Jahre 1952 andere soziale Leistungen sowie Mittel für die wirtschaftliche Eingliederung der Geschädigten vordringlich benötigt wurden, ist die Erfüllung der Hauptentschädigung zunächst zurückgestellt worden. Mit den Auszahlungen der Hauptentschädigung ist praktisch erst 1957 begonnen worden. Ein Vergleich der Auszahlungen der Hauptentschädigung in den Jahren 1958 bis 1960 zeigt eine fortschreitende Steigerung bei der Auszahlung der Hauptentschädigung. Während es im Rechnungsjahr 1958 nur 18,0 Mill. DM waren, sind im Jahre 1959 bereits 42,2 Mill. DM in Schleswig-Holstein zur Auszahlung gelangt. In dem dreiviertel Jahr des Rechnungsjahres 1960 sind sogar 42,3 Mill. DM für die Hauptentschädigung ausgezahlt worden. Die Auszahlungen für die Hauptentschädigung werden sich in dem kommenden Jahr noch weiterhin erheblich erhöhen.

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß in Schleswig-Holstein Aufbaudarlehen, die in früheren Jahren zur wirtschaftlichen Eingliederung der Geschädigten in die Landwirtschaft, in die gewerbliche Wirtschaft, in die freien Berufe und für den Wohnungsbau gewährt worden sind, in Höhe von 66,3 Mill. DM mit der Hauptentschädigung bereits verrechnet worden sind, wodurch die Darlehensschuld erloschen ist, was in den meisten Fällen zur Eigentumbildung geführt hat.

Nach dem Arbeitsstand bei den Ausgleichsämtern in Schleswig-Holstein könnten die Auszahlungen für die Hauptentschädigung bereits seit längerer Zeit wesentlich erhöht werden. Dies ist deshalb nicht möglich, weil ausreichende Mittel hierfür nicht vorhanden sind. Die Hauptentschädigung wird zur Zeit auf Grund einer Weisung des Präsidenten des Bundesausgleichsamtes an die über 65jährigen, für Ausbildungszwecke, zur Eigentumbildung (Landwirtschaft, gewerbliche Wirtschaft, freie Berufe, Fami-

lienheime, Eigentumswohnungen), für Rentennachzahlungen, zur Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden und in Fällen besonderer Notlage ausgezahlt.

Durch die kürzlich verabschiedete 13. Novelle zum LAG ist die Möglichkeit geschaffen worden, die Hauptentschädigung bis zum Betrage von 3 000 DM (in Ausnahmefällen 4 000 DM) auf zunächst noch gesperrte Sparkonten umschreiben zu lassen. 25% der Sparkontenbeträge werden sofort ausgezahlt; die restlichen 75% werden im Laufe der kommenden Jahre vom Präsidenten des Bundesausgleichsamtes zur Auszahlung freigegeben werden und können bereits nach Errichtung der Sparkonten von den Geldinstituten vorfinanziert werden. Die Rechtsverordnung, die nähere Einzelheiten über die Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmung enthalten wird, wird in absehbarer Zeit verabschiedet werden.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die Hauptentschädigung ab 1. 1. 1961 mit jährlich 4% in bar verzinst wird.

Die Kriegsschadenrente, die aus der Unterhaltshilfe und der Entschädigungsrente bestehen kann, wird noch auf viele Jahre ihre bisherige Bedeutung behalten. Sie ist praktisch "die Altersversorgung" für die Masse der Geschädigten. Mit ihr hat sich bisher fast jede Novelle zum LAG beschäftigt. Dabei war deutlich die Tendenz des Gesetzgebers zu erkennen, mit den jeweiligen Rentenerhöhungen Schritt zu halten. Da Renten auf die Unterhaltshilfe angerechnet werden müssen, hat der Gesetzgeber sich laufend bemüht, durch die Erhöhung von Freibeträgen gewisse Härten, die im Zuge der Rentenanrechnung auftreten, auszugleichen. Während ursprünglich vorgesehen war, daß Unterhaltshilfe und Entschädigungsrente nur die Geschädigten erhalten sollten, die vor dem 1. 1. 1890 (Frauen vor dem 1. 1. 1895) geboren waren, werden diese Bestimmungen für die ehemals selbständigen Berufe nunmehr durch die 14. Novelle bis zu den Jahrgängen 1899 (Frauen 1904) ausgedehnt.

Der Gesetzgeber hat im Jahre 1952 bei Schaffung des LAG bestimmt, daß ein gewisser Prozentsatz (damals 50%) der monatlichen Leistungen für die Unterhaltshilfe auf die Hauptentschädigung angerechnet werden sollte. Hiergegen haben sich die Geschädigten mit allem Nachdruck gewehrt. Nachdem die Anrechnungsquote in der 11. Novelle (1957) zunächst auf 40% herabgesetzt worden war, wird voraussichtlich in der 14. Novelle bestimmt werden, daß ab 1. 6. 1961 nur noch 20% angerechnet werden.

Da in vielen Fällen die Anrechnung der monatlichen Unterhaltshilfeleistungen auf die Hauptentschädigung zu einem völligen Verbrauch der

Hauptentschädigung geführt hat, ist für die Unterhaltshilfe-Empfänger, die zugleich einen Anspruch auf Hauptentschädigung haben, bestimmt worden, daß sie einen sogenannten "Mindesterfüllungsbetrag" der Hauptentschädigung ausgezahlt erhalten, der in der Regel 25% der Hauptentschädigung beträgt. Durch die Erhöhung der Grundbeträge in der 14. Novelle wird sich auch bei etwa 50% der Unterhaltshilfeempfänger der Mindestbefüllungsbeitrag erhöhen.

Bereits durch die 11. Novelle ist bestimmt worden, daß ehemals selbständige Geschädigte zur Unterhaltshilfe einen sogenannten "Selbständigenzuschlag" erhalten. Die Bestimmungen hierüber werden durch die 14. Novelle ganz erheblich erweitert werden.

Die Entschädigungsrente war zunächst nur gedacht als Vorauszahlung der bisher nicht fälligen Zinsen (ab 1. 1. 1953) auf die Hauptentschädigung. Die Entschädigungsrente sollte daher entsprechend dem Zinssatz zunächst 4% betragen. In der Zwischenzeit sind die Prozentsätze für die Entschädigungsrente, der die Hauptentschädigung als Rechnungsgrundlage dient, wesentlich angehoben worden. In der 14. Novelle wird der Einkommenshöchstbetrag erhöht, der nicht überschritten werden darf, wenn Entschädigungsrente gewährt wird.

Zu den großen Auszahlungsposten gehört die Hausratentschädigung. Die Bearbeitung der Anträge ist bis auf 2% abgeschlossen. Bei den Restfällen handelt es sich in der Mehrzahl um solche, bei denen Erben noch nicht ermittelt werden konnten. Zur Zeit arbeiten die Ausgleichsämter noch an den Fällen, bei denen wegen höheren Einkommens oder höherer Vermögen (vor der Schädigung) zusätzliche Beträge für die Hausratentschädigung zur Auszahlung kommen. Diese Abschlußarbeiten sind oft recht schwierig und werden sich noch einige Zeit hinziehen. Die Auszahlungen für die Hausratentschädigung werden in Zukunft laufend weiter zurückgehen.

Die Zahl der Fälle, in denen Ausbildungshilfe gewährt wird, vermindert sich ständig. Dies ist weitgehend auf die allgemeine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern zurückzuführen, die Kinder in der Ausbildung haben. Durch die 14. Novelle wird die Möglichkeit zur Zahlung von Ausbildungshilfe - insbesondere für Sowjetzonenflüchtlinge - bis 1965 verlängert.

Die Heimförderung ist bereits zum Abschluß gekommen. Neue Mittel werden nicht mehr zur Verfügung gestellt.

Zu den größten Problemen der Nachkriegszeit, an deren Lösung sich auch der Soforthilfefonds und der Ausgleichsfonds beteiligen mußten, gehörte die Wohnungsnot. Auch heute noch steht

Tab. 5 Leistungen des Ausgleichsfonds durch Geldinstitute

	1958	1959	1960	1949-1960
	Mill. DM			
Wohnungsbau	50,2	47,6	27,1	657,0
Landwirtschaft	10,0	9,2	5,5	250,9
Gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe	5,9	4,3	4,1	148,6
Währungsausgleichsgesetz und Altspargergesetz	1,3	0,6	3,3	95,7
Insgesamt	67,4	61,7	40,0	1 152,2

die Schaffung neuer Wohnungen in Schleswig-Holstein mit an erster Stelle.

Der Betrag von 657 Mill. DM, der aus dem Soforthilfefonds und dem Ausgleichsfonds bisher in das Land Schleswig-Holstein geflossen ist, ist beachtlich. Es ist im Lastenausgleichsgesetz bestimmt, daß bis zum Jahre 1965 jährlich jeweils weniger Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Da Schleswig-Holstein im Jahre 1959 wegen der immer noch vorhandenen Wohnungsnot der Vertriebenen und Flüchtlinge eine Sonderzuteilung von 10 Mill. DM aus dem Ausgleichsfonds erhalten hatte, machte sich die Rückläufigkeit der Mittel im Jahre 1959 noch nicht so stark bemerkbar. Im Jahre 1960 war der Rückgang bereits erheblich; in den nächsten Jahren wird sich das weitere Absinken der Mittel stark bemerkbar machen.

Die Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft, die vom Ausgleichsfonds an Geschädigte zur Verfügung gestellt werden, müssen zur Schaffung von Vollbauernstellen und Nebenerwerbsstellen eingesetzt werden. Die Landbeschaffung für diese Stellen stößt auf immer größere Schwierigkeiten. Die in den nächsten Jahren für die Förderung dieser Maßnahmen aus dem Ausgleichsfonds noch zu erwartenden Mittel, werden voraussichtlich ausreichen, um die Vorhaben durchzuführen, für die eine Landbeschaffung noch möglich ist.

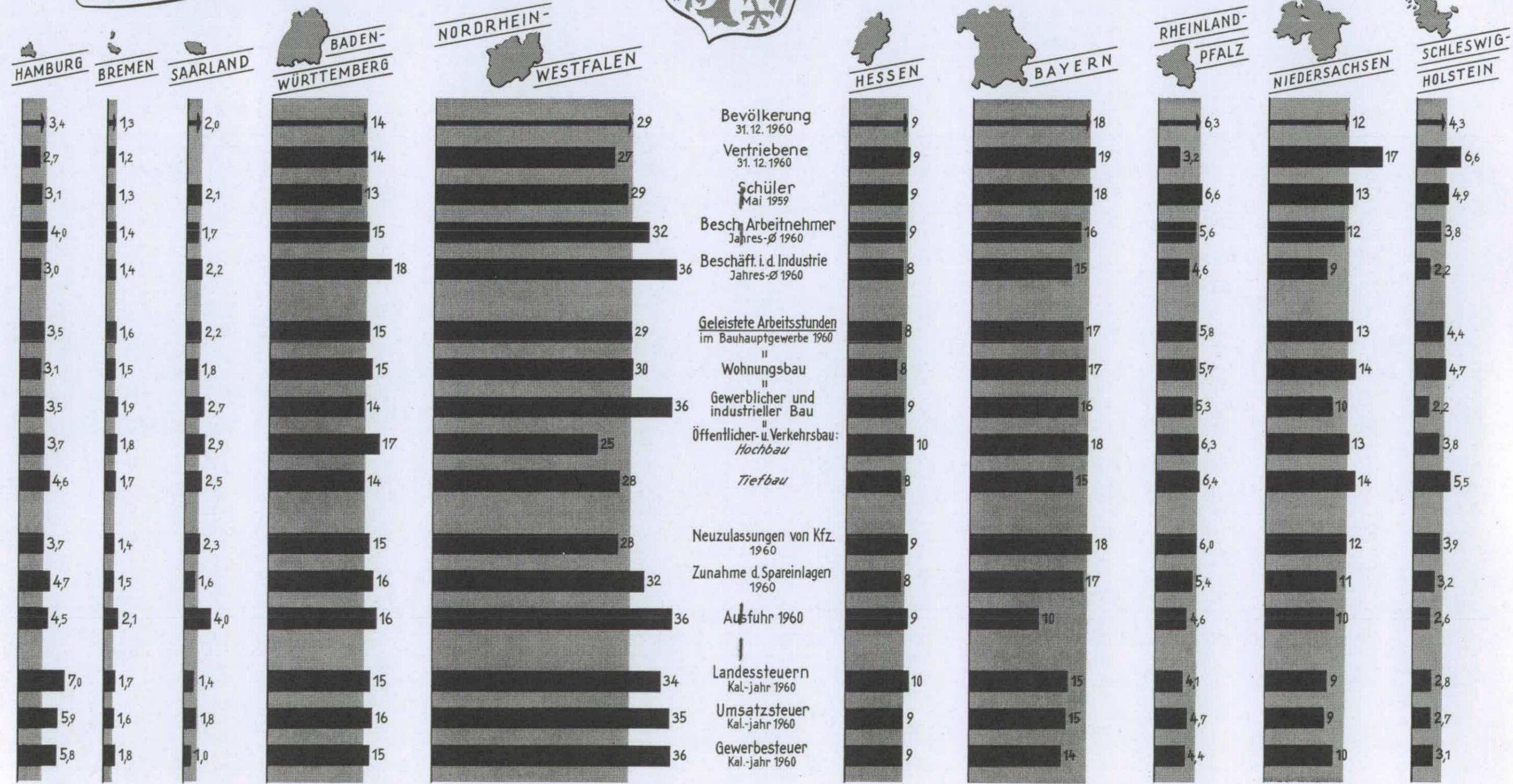
Die Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe nehmen mit fortschreitender Eingliederung der Geschädigten an Bedeutung ab. Erfreulich ist, daß auf diesem Sektor die zunächst erwarteten hohen Verluste nicht eingetreten sind. Da die Umwandlung der Aufbaudarlehen mit der Hauptentschädigung im Gesetz vorgesehen ist, kann nach der nochmaligen Anhebung der Hauptentschädigung durch die 14. Novelle mit Gesamtverlusten gerechnet werden, die nicht erheblich über den banküblichen Verlusten für Mittelkredite liegen.

Die Gewährung von Krediten zur Beschaffung von Dauerarbeitsplätzen ist wegen der Wirtschaftskonjunktur bereits vor mehreren Jahren eingestellt. Die Darlehensnehmer haben zur Zeit die größten Schwierigkeiten, Arbeitskräfte aus dem Kreis der Geschädigten zu bekommen.

DIE ANTEILE DER LÄNDER AN BEVÖLKERUNG UND WIRTSCHAFT DES BUNDESGBIETES



ANMERKUNG:
Die Länge der Balken entspricht dem Anteil des betr. Landes an der Bundes-summe des betr. Merkmals.
Der Bevölkerungsanteil ist zum Vergleich als durchgehendes Band fortgesetzt.



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Kraftfahrtbundesamt, Bundesfinanzministerium

Die Bearbeitung der Anträge für einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebenen und der Anträge nach dem Altspargergesetz ist bereits seit längerer Zeit fast abgeschlossen. In Tabelle 5 sind allerdings noch Auszahlungen von 3,3 Mill. DM im Rechnungsjahr 1960 verzeichnet; für Altsparerverluste sind zunächst nur Gutschriften auf Sparkonten erteilt worden, die inzwischen weitgehend aus eigenen Mitteln der Geldinstitute an die Geschädigten ausbezahlt worden sind. Die Forderungen dafür werden nunmehr im Bundesgebiet mit jährlich 200 Mill. DM aus dem Ausgleichsfonds getilgt.

Die 13. und 14. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz werden eine neue große Arbeitsbelastung für die Ausgleichsämter mit sich bringen. Alle Unterhaltshilfebescheide, etwa 50% der Entschädigungsrentenbescheide, etwa 50% der

Tab. 6 Gesamtleistungen des Ausgleichsfonds in Schleswig-Holstein

	1958	1959	1960	1949-1960
	Mill. DM			
Auszahlung über Amtskassen	174,4	194,5	128,5	1 547,9
Auszahlung über Geldinstitute	67,4	61,7	40,0	1 152,2
Insgesamt	241,8	256,2	168,5	2 700,1

Hauptentschädigungsbescheide und der Umwandlungsbescheide müssen Neuberechnet werden. Auch mit der 14. Novelle wird ein Abschluß der Lastenausgleichsgesetzgebung noch nicht erreicht sein, da bereits mehrere Politiker aller Parteien erklärt haben, daß noch weitere Novellen folgen müssen und werden.

Vergleiche auch: "Statistik des Lastenausgleichs 1957 und 1958" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 238 (Sept.)

Die Milchwirtschaft Schleswig-Holsteins im Jahre 1960

- Von Dr. Karl Brackmann, Kiel -

Nach der Viehzählung vom 2. Dezember hat der Milchkuhbestand in Schleswig-Holstein 1960 gegenüber dem Vorjahr um 18 600 Tiere zugenommen und sich auf 460 000 Stück vermehrt. Damit ist der Nachkriegs-Höchststand von 461 600 Milchkühen im Dezember 1953 fast wieder erreicht.

Ebenso wie die Zahl der Tiere hat auch die Milchleistung der Kühe zugenommen und der Fettgehalt der Milch.

Tab. 1 Die Entwicklung der Kuhleistung in Schleswig-Holstein

	1938	1948	1960	Zunahme 1938 bis 1960	
				abs.	%
Milchertrag in kg je Kuh	2 962	2 401	3 965	1 003	34
Fettgehalt in %	3,27	3,23	3,81	0,54	17
Fettleistung in kg je Kuh	97,0	77,6	151,1	54,1	56

Gegenüber der Vorkriegszeit ist somit der Milchertrag um 34%, der Fettgehalt um 17% und die Fettleistung um 56% gesteigert worden. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß heute die Fettleistung von zwei Kühen höher liegt als die Fettleistung von drei Kühen des Jahres 1938. 1948 waren für die gleiche Fettleistung sogar nahezu vier Kühe erforderlich.

Milcherzeugung und Milchanlieferung stiegen

1960 auf Rekordhöhe. Sie nahmen beide nochmals um rund 4% zu.

	Erzeugung	Anlieferung
	- 1 000 t -	
1948	890	714
1958	1 699	1 473
1959	1 682	1 476
1960	1 750	1 540

Wenn bei einem Rückblick auf die Entwicklung seit der Währungsreform auch zu sagen ist, daß das Jahr 1948 kein Normaljahr war, so ist doch festzustellen, daß sich innerhalb von 12 Jahren die Erzeugung nahezu, die Anlieferung sogar mehr als verdoppelt hat.

Der Anteil der tb-freien Milch stieg von 74% 1959 auf 95% 1960. Von der 1960 angelieferten Milch entsprachen 84% der Güteklasse I, 14% der Güteklasse II und 2% der Güteklasse III.

Die erzeugte Vollmilch ging 1960 zu 88% an die Meiereien und wurde von diesen folgendermaßen verwertet:

	Milchverwertung in %	
	der Erzeugung	der Anlieferung
Butter	57,1	64,9
Trinkmilch	15,1	17,1
Dauerwaren	6,5	7,4
Käse und Quark	3,5	4,0
Sahne	5,0	5,7
Verschiedenes	0,8	0,9

Auch die Butterproduktion brachte ein bisher nicht erreichtes Spitzenergebnis:

1948	22 798 t	1959	45 287 t
1958	45 290 t	1960	48 765 t

Dieser fortlaufend steigenden Produktion stehen folgende Preise gegenüber:

	Preise für Markenbutter in DM je kg	
	Meiereiabgabe- preis	Verbraucher- preis
1955	5,99	6,76
1956	6,15	6,94
1957	6,28	7,08
1958	6,11	6,96
1959	6,21	7,13
1960	5,71	6,47

Erzeugerlöhne und Verbraucherpreise lagen somit 1960 so niedrig wie seit 1955 nicht mehr. Die Tatsache, daß rund 57% der gesamten Milcherzeugung und rund 65% aller an die Meiereien gehenden Milch in Schleswig-Holstein zu Butter verarbeitet werden, läßt es verständlich erscheinen, daß diese Preisentwicklung die Landwirtschaft des Landes mit besonderer Sorge erfüllt.

Die Käseherstellung, die 1959 wie auch 1958 auf ihrem tiefsten Stand seit der Währungsreform stehengeblieben war, hat 1960 erstmalig wieder zugenommen:

Tab. 2 Die Käseproduktion in Schleswig-Holstein

Sorte/Fettgehalt	1959	1960
	t	
Tilsiter	3 319	3 858
Edamer	805	856
Gouda	459	521
Camembert	2 023	1 971
Andere	842	847
Insgesamt	7 448	8 053
davon mit einem Fettgehalt von		
bis 10 %	230	378
20 %	481	372
30 %	1 695	1 553
40 %	591	692
45 %	3 730	4 301
über 45 %	721	757

Bezeichnend für den Wandel der Verzehrsgewohnheiten der Verbraucher und die diesem Wandel folgende Umstellung der Produktion ist die Tatsache, daß bei einer Gesamtzunahme der Erzeugung um 8,1% die Herstellung von Mager- bis 30%igem Käse um 4,3% rückläufig war, während die Produktion von 40- und höherprozentigem Käse um 14,1% gesteigert wurde, um die Verbraucherwünsche erfüllen und damit die Chancen des Marktes ausnutzen zu können. Fettkäse, vollfetter Käse und Rahmkäse - Fettgehalt von 40% und mehr - stellen heute mit insgesamt 71% nahezu drei Viertel der Gesamtproduktion. Nach Sorten dominieren Tilsiter

und Camembert mit zusammen 72% der Gesamtproduktion.

Unter den Dauermilcherzeugnissen steht die Herstellung von Kondensmilch mit 85% der Gesamtproduktion des Landes weitaus an der Spitze. Nach dem Rückschlag des Vorjahres hat sich die Herstellung von Kondensvollmilch 1960 wieder um rund 5 000 t erhöht:

	Produktion in t	
	1959	1960
Vollmilchpulver	4 047	4 065
Magermilchpulver (ohne Futterpulver)	2 243	3 079
Kondensvollmilch	40 355	45 360
Sonstige	804	823
Dauermilcherzeugnisse insgesamt	47 449	53 327

Der Trinkmilchabsatz war 1959 durch einen Hochsommer seltener Art gefördert, 1960 dagegen durch verregnete Sommermonate außerordentlich nachteilig beeinflusst. Der Rückschlag hielt sich jedoch infolge intensiver Werbung in engeren Grenzen als zu befürchten war. 1960 wurden von den Meiereien innerhalb Schleswig-Holsteins immerhin noch 4 700 t Trinkmilch mehr abgesetzt als 1958.

Tab. 3 Der Meiereiabsatz in Schleswig-Holstein

	1959	1960	Veränderung in %
	1 000 t		
Trinkmilch	241,9	230,2	- 5,5
Eingestellte Rohmilch	31,4	33,4	+ 6,1
Meiereiabsatz insgesamt	273,3	263,6	- 3,8
darunter			
Hamburger Milchhandel	43,2	36,7	- 15,0
Hamburg, Alstermilchwerk	31,4	33,0	+ 6,1
Berlin	27,4	26,8	- 1,8
Schleswig-Holstein	171,3	167,1	- 3,1

Die Lieferungen nach Hamburg verschoben sich durch die Inbetriebnahme des Alstermilchwerks II noch stärker auf Rohmilch. Der Anteil der als Rohmilch nach Hamburg gehenden Mengen an den Gesamtlieferungen nach Hamburg stieg von 20% im Jahre 1955, in dem das Alstermilchwerk I anlief, auf 47%.

Innerhalb Schleswig-Holsteins stieg der Milchabsatz in Flaschen und Packungen von 45 700 t im Vorjahr um 13% auf 51 700 t. Der Anteil der Milch in Flaschen und Packungen am Gesamttrinkmilchverzehr innerhalb Schleswig-Holsteins erhöhte sich von 13% im Jahre 1955 auf 31%.

Seit drei Jahren werden jeweils für die Monate Juni und November die Absatzzahlen für den Trinkmilchabsatz nur in Packungen gesondert erhoben. Es läßt sich sicher sagen, daß die Juni-Zahlen repräsentativ für den Sommerabsatz zur Zeit des Bäderbetriebes sind, und

daß die Novemberzahlen den Winterabsatz ohne Kur- und Badegäste widerspiegeln.

	Trinkmilchabsatz in Perga-Packungen in t	
	Juni	November
1958	-	459
1959	906	579
1960	1 002	725

Danach liegt der Anteil der Trinkmilch in Packungen am Gesamtabsatz der Meiereien in Flaschen und Packungen im Juni bei 21%, im November bei 16%.

Schulmilch wurde auf Grund der seit November 1957 laufenden Verbilligungsaktion erheblich mehr abgesetzt. Besonders der Absatz an Kakaomilch hat sich vervielfacht:

	1957	1959	1960
		- t -	
Vollmilch	1 291	1 791	1 783
Kakaotrunk	365	2 260	2 357
Schulmilchabsatz insgesamt	1 656	4 051	4 140

Die Magermilchrückgabe an Lieferer übertraf 1960 mit 887 000 t alle früheren Jahre. Sie entsprach 58% der Anlieferung an die Meiereien.

Die in Tab. 4 erscheinenden Kreisergebnisse des Jahres 1960 sind keineswegs das Resultat einer überall gleichmäßig verlaufenden Entwicklung. Es muß sogar als erstaunlich angesehen werden, wie außerordentlich unterschiedlich örtliche Entwicklungen innerhalb eines Landes wie Schleswig-Holstein vor sich gehen können. Im rechten Teil der Tabelle sind die prozentualen Kreisveränderungen innerhalb von

fünf Jahren dargestellt. Es ist dabei zu beachten, daß sich seit 1956 vor allem drei für die Milchwirtschaft bedeutungsvolle Vorgänge ereignet haben: erstens der Förderungszuschlag der Bundesregierung, der erst ab Frühjahr 1957 gezahlt wurde; zweitens die Sanierung der Kuhbestände (der Anteil der tb-freien Milch an der Anlieferung stieg von 26% 1956 auf 98% im Dezember 1960); schließlich die Liberalisierung der Käseeinfuhren, die die schleswig-holsteinische Landeserzeugung empfindlich getroffen hat.

In der Steigerung der Milchlieferung und der Butterproduktion liegen die sechs Westkreise Südtondern, Husum, Eiderstedt, Norderdithmarschen, Süderdithmarschen, Steinburg den anderen Kreisen auffallend weit voraus. Die Zunahmen von 1956 auf 1960 betragen:

	Anlieferung	Buttererzeugung
Westkreise	+ 23 %	+ 37 %
Übrige Kreise	+ 13 %	+ 21 %
Land	+ 16 %	+ 28 %

Die Meiereien der genannten Westkreise erhalten heute rund 25% der an die schleswig-holsteinischen Meiereien gelieferten Milch, aber sie erzeugen 29% der Butterproduktion des Landes.

Was die Zahlen über die Käseherstellung und ihre Veränderungen seit 1956 anbetrifft, so läßt sich die Entwicklung wohl so deuten, daß die Krise der letzten Jahre die Käseherstellung in erster Linie in denjenigen Meiereien beeinträchtigt oder zum Erliegen gebracht hat, in denen nur nebenbei oder nur gelegentlich im Jahr gekäst wurde. Die Entwicklung kann vielleicht insofern als Konsolidierungsprozeß ange-

Tab. 4 Die Milchwirtschaft in den Kreisen Schleswig-Holsteins 1960

Kreis	Vollmilch- anlieferung 1 000 t	Butter- erzeugung t	Käse- erzeugung t	Trinkmilch- absatz t	Magermilch- rückgabe 1 000 t	Veränderungen von 1956 bis 1960 in %			
						An- lieferung	Butter- erzeugung	Käse- erzeugung	Magermilch- rückgabe
Eckernförde	77,7	2 531	531	8 308	40,8	+ 15,3	+ 20,9	- 20,3	+ 17,4
Eiderstedt	26,1	1 052	17	1 281	23,1	+ 20,0	+ 35,4	- 86,0	+ 35,9
Eutin ¹	81,7	1 779	1 505	26 582	24,1	+ 18,9	+ 12,3	+ 2,5	+ 21,3
Flensburg	122,8	4 117	123	11 934	76,2	+ 18,2	+ 21,3	- 34,9	+ 15,2
Husum	85,8	3 436	39	3 130	75,2	+ 24,3	+ 32,5	- 68,0	+ 28,2
Kiel	31,1	781	11	13 170	9,6	+ 16,9	+ 63,7	- 15,4	+ 20,4
Hzgt. Lauenburg	72,8	1 789	337	25 246	30,2	- 2,4	+ 4,0	- 41,5	+ 0,8
Norderdithmarschen	48,3	1 811	80	3 622	41,1	+ 22,2	+ 35,3	- 84,0	+ 30,0
Oldenburg (Holstein)	102,3	1 995	697	6 015	37,1	+ 15,3	+ 22,3	- 16,7	+ 8,0
Pinneberg	73,2	1 672	205	33 962	20,0	+ 15,3	+ 31,3	- 13,8	+ 23,7
Plön ²	108,7	3 290	1 081	17 834	50,3	+ 13,8	+ 26,3	- 14,7	+ 21,2
Rendsburg	150,8	5 917	60	13 950	123,6	+ 13,5	+ 26,4	- 59,7	+ 21,6
Segeberg	129,6	3 870	1 465	33 962	57,1	+ 7,4	+ 29,0	- 11,8	+ 23,8
Schleswig	145,6	5 591	746	6 486	100,9	+ 16,2	+ 30,3	- 26,2	+ 20,0
Steinburg	99,5	3 264	922	17 271	61,8	+ 18,3	+ 41,5	- 9,8	+ 47,7
Stormarn	60,9	1 328	17	35 558	15,1	+ 11,7	+ 22,3	- 66,7	+ 19,3
Süderdithmarschen	61,2	2 339	196	4 043	52,0	+ 21,9	+ 39,4	+ 12,0	+ 34,4
Südtondern	61,6	2 203	21	4 648	48,5	+ 35,4	+ 40,0	- 76,4	+ 37,6
Schleswig-Holstein	1 539,8	48 765	8 053	263 572	886,7	+ 15,6	+ 28,0	- 20,7	+ 24,1

1) einschl. der Meiereien von Lübeck 2) einschl. der Meiereien von Neumünster

sehen werden, als sich die Position in den vier Hauptherstellungskreisen Eutin, Plön, Segeberg und Steinburg relativ sehr verstärkt hat. Bei einem Gesamtrückgang der Käseherstellung im Land von 1956 auf 1960 um 21% fiel die Produktion in den genannten vier Kreisen nur um 10%, in den übrigen Kreisen dagegen um 34%. Während die Meiereien in Eutin, Plön, Segeberg

und Steinburg 1956 53% der schleswig-holsteinischen Käseherzeugung stellten, erhöhte sich ihr Anteil bis 1960 auf 61% der Landesherzeugung.

Vergleiche auch: "Die Milchwirtschaft Schleswig-Holsteins im Jahre 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 130 (Juni) und "Milcherzeugung und -verwendung im Jahr 1960" in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 169 (März)

Die Angestelltenversicherung in Schleswig-Holstein

Allgemeines

Die soziale Rentenversicherung ist neben der sozialen Krankenversicherung die bedeutendste Sozialeinrichtung; hinsichtlich der jährlich ausgezahlten Geldbeträge nimmt sie die erste und hinsichtlich der Zahl der Versicherten die zweite Stelle im gesamten Sozialversicherungssystem ein. Jeder Arbeitnehmer, der gegen Entgelt beschäftigt ist, unterliegt der gesetzlichen Pflicht, sich in der sozialen Rentenversicherung für den Fall der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit oder des Erreichens der Altersgrenze zu versichern, wenn er nicht irgendeine Bedingung für die Versicherungsfreiheit¹ erfüllt.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus gab es im Oktober 1958 in Schleswig-Holstein rund 650 000 Pflichtversicherte in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten. Von je 100 Einwohnern im erwerbsfähigen Alter waren mithin 43 gesetzlich verpflichtet, Arbeitnehmerbeiträge zur sozialen Rentenversicherung zu zahlen. Ein Drittel aller Pflichtversicherten war weiblich, andererseits waren knapp 12% Lehrlinge. Der weitaus größte Teil aller Rentenversicherten gehört zur Arbeiterrentenversicherung, im Oktober 1958 waren es immerhin 70%. Da die Arbeiterrentenversicherung bereits ausführlich in einer früheren Veröffentlichung² behandelt wurde, kann sich dieser Aufsatz auf die Darstellung der Angestelltenversicherung beschränken.

In einem Berufsgruppenverzeichnis, das 1924 im Verordnungswege zur Reichsversicherungsordnung aufgestellt und 1954 überholt wurde, ist festgelegt worden, wer als Angestellter und wer als Arbeiter anzusehen ist. Die Abgrenzung wurde anhand der Tätigkeitsmerkmale vorge-

nommen. Wer überwiegend geistige Arbeit leistet, ist ein Angestellter, wer überwiegend körperliche Tätigkeiten verrichtet, ein Arbeiter im Sinne der Sozialversicherungsgesetze. Auf die Problematik, wie weit diese Abgrenzungen nach der Mechanisierung und Automatisierung vieler bisheriger Arbeiter- wie auch Angestellten-tätigkeiten heute noch den Verhältnissen gerecht werden, kann im Rahmen dieser Veröffentlichung nicht eingegangen werden.

Im Oktober 1958 waren nach den Ergebnissen des Mikrozensus 199 000 Angestellte (einschl. Lehrlinge) in Schleswig-Holstein erwerbstätig, 96% davon waren rentenpflichtversichert. Knapp die Hälfte der 190 000 pflichtversicherten Angestellten war männlich, andererseits handelte es sich bei reichlich 16% um Lehrlinge. Im Oktober 1959 belief sich die Zahl der Angestellten in Schleswig-Holstein bereits auf 205 000; sie hat sich demnach im Laufe eines Jahres um 3% vermehrt. Im Zuge der Industrialisierung und durch die Ausdehnung der Dienstleistungsbereiche einschließlich des öffentlichen Dienstes hat sich der Arbeitsbereich und damit auch die Zahl der Angestellten ständig erweitert. Schon in den zehn Jahren von 1950 bis 1959, für die statistische Unterlagen vorliegen, hat die Zahl der Angestellten erheblich zugenommen. So kamen 1950 in Schleswig-Holstein auf 1 000 Einwohner nur 64 Angestellte, 1959 dagegen bereits 90. Mit der Ausdehnung der Angestelltenzahl wächst zwangsläufig der Bestand der Versicherten in der Angestelltenversicherung und in einem Zeitabstand von vierzig bis fünfzig Jahren die Zahl der daraus hervorgehenden Rentner.

Der Rentenbestand

In Schleswig-Holstein gab es 1960 im Schnitt 87 000 laufende Angestelltenrenten; reichlich die Hälfte davon waren Versichertenrenten, 36% Witwen- und Witwerrenten und 12% Waisenrenten.

1) Versicherungsfrei sind u. a. Beamte, Studierende, Soldaten und solche Angestellte, die die Jahresarbeitsverdienstgrenze von 15 000 DM überschreiten, außerdem Arbeitnehmer, die bei ihrem Ehegatten beschäftigt sind, die nur freien Unterhalt als Entgelt bekommen oder die nur eine Nebentätigkeit ausüben

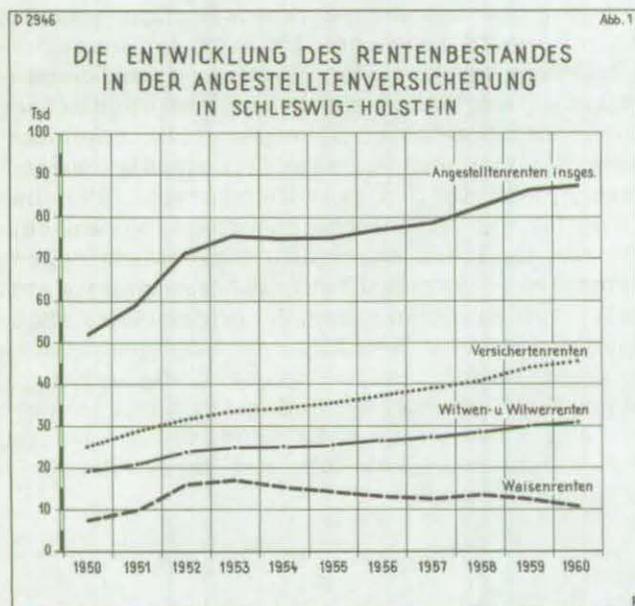
2) vergleiche: "Die Arbeiterrentenversicherung in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 126 (Juni)

In jedem Jahr fallen durch Tod, Wiederherstellung der Berufs- und Erwerbsfähigkeit und sonstige Ursachen³ eine Reihe der bestehenden Renten weg, und wegen Erreichen der Altersgrenzen, Eintreten von Berufs- und Erwerbsunfähigkeit und sonstigen Ursachen werden neue Renten bewilligt. In den letzten elf Jahren war der Rentenzugang fast immer größer als der Rentenwegfall. 1959 verhielt sich z. B. in der Bundesrepublik die Zahl der zugegangenen Angestelltenrenten zu der der weggefallenen⁴ wie 5 : 3. Im Verlauf dieser Entwicklung hat sich der Bestand an Angestelltenrenten in Schleswig-Holstein in der Zeit von 1950 bis 1960 um reichlich zwei Drittel vergrößert.

Wie die untenstehende Abbildung zeigt, änderten sich die Bestände der drei Rentenarten nicht einheitlich. Am stärksten nahmen die Versichertenrenten zu, ihr Bestand vermehrte sich um vier Fünftel. Diese Zunahme hängt, wie bereits erwähnt, damit zusammen, daß in den letzten Jahrzehnten die Angestelltentätigkeiten und damit auch die Zahl der rentenversicherten Angestellten ständig wuchs. Somit wurde von Jahr zu Jahr der Kreis der Versicherten, der ins Rentenalter hineinkam, größer. Die Witwen- und Witwerrenten haben sich in den elf Jahren auch andauernd vermehrt, insgesamt erweiterte sich ihr Bestand um gut drei Fünftel. Die Zahl der Waisenrenten kletterte in den vier Jahren von 1950 bis 1953 auf das 2,3fache. Dieser beachtliche Zuwachs erklärt sich daraus, daß die Hinterbliebenenrenten aus der Sozialversicherung erst mit dem Inkrafttreten des Bundesversorgungsgesetzes im Oktober 1950 in vollem

Maße neben denjenigen aus der Kriegsoferversorgung gezahlt wurden. Vorher erhielten die Kriegshinterbliebenen von Rentenversicherten nur von einer der beiden Stellen eine Rente, und zwar von der, die den höchsten Rentenbetrag gewährte. Von 1954 bis 1957 sowie 1959 und 1960 verminderten sich die Waisenrenten ständig. Diese Abnahme ist darauf zurückzuführen, daß die Kriegerwaisen nach und nach aus dem für die Waisenrente maßgeblichen Alter - in der Regel 18 Jahre, seit 1957 im Fall einer längeren Schul- oder Berufsausbildung 25 Jahre - herauswachsen. Der vorübergehende stärkere Waisenrentenzugang im Jahre 1958 dürfte durch die Rentenreform, die im allgemeinen den Kreis der Rentenberechtigten ein wenig erweiterte, bedingt sein.

Seit der Rentenreform im Jahre 1957 gibt es vier verschiedene Versichertenrenten: die beiden Altersruhegelder wegen Erreichen des 60. bzw. 65. Lebensjahres sowie die Erwerbs- und die Berufsunfähigkeitsrente. Die längsten durchschnittlichen Bezugsdauern wurden bei den vom 60. Lebensjahr ab gezahlten Altersruhegeldern erreicht. Bis diese Rente 1959 durch Tod endete, war sie in der Bundesrepublik von den Männern 14 Jahre und von den Frauen 13 Jahre bezogen worden⁵. Die Altersruhegelder wegen Vollendung des 65. Lebensjahres sind an Männer im Schnitt zehn und an Frauen elf Jahre gezahlt worden. Es ist erklärlich, daß Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, falls die Berufs- oder Erwerbsfähigkeit der Bezieher wieder hergestellt wird, nur eine relativ kurze Laufzeit haben. Sie betrug 1959 in der Bundesrepublik im Schnitt dreieinhalb Jahre. Wenn der Tod diese Renten beendete, hatten die Männer die Rente im Mittel acht und die Frauen neun Jahre lang bezogen.



3) Bei den Witwenrenten ist die Wiederheirat als Wegfallursache ziemlich bedeutend und bei den Waisenrenten das Erreichen des 18. oder 25. Lebensjahres

4) vergleiche: "Der Rentenwegfall im Jahre 1959", in: Die Angestelltenversicherung, Zeitschrift der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Jg. 7, 1960, S. 350 (November)

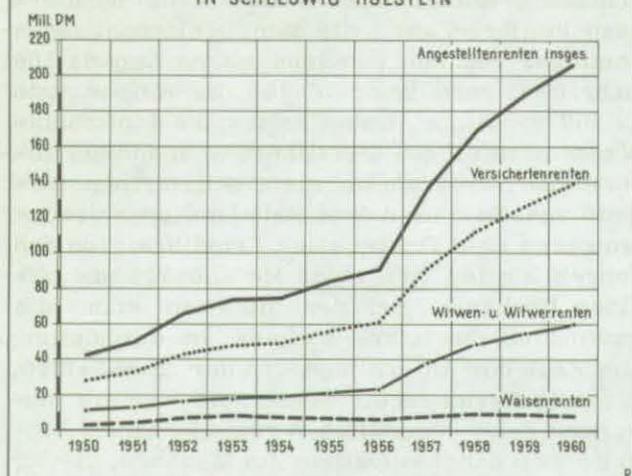
Die Rentenbeträge

Die Bundesversicherungsanstalt zahlte 1960 für laufende Angestelltenrenten an Einwohner Schleswig-Holsteins insgesamt 206 Mill. DM aus, das sind 9% mehr als 1959. Die Mehrausgaben erklären sich aus der bereits erwähnten Erweiterung des Rentenbestandes und aus der zweiten Rentenanpassung. Mit Wirkung vom 1. Januar 1960 wurden alle bis zum 31. Dezember 1958 bewilligten Renten um 5,9% angehoben und damit den ab 1959 neu bewilligten Renten angepaßt.

In den elf Jahren seit 1950 hat sich der für Rentenzahlungen aufgewendete Jahresbetrag nahezu verfünffacht; der durchschnittliche Rentenstand erweiterte sich hingegen in der gleichen Zeit nur auf das 1,7fache. Wie Abbildung 2 zeigt, war der Zuwachs des jährlichen

5) vergleiche: "Der Rentenwegfall im Jahre 1959", a.a.O., S. 351

DIE ENTWICKLUNG DER RENTENBETRÄGE IN DER ANGESTELLTENVERSICHERUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



Rentenbetrages nicht regelmäßig. In dem sechs-jährigen Zeitraum von 1950 bis 1955 verdoppelte er sich einmal. Die zweite Verdoppelung wurde indessen schon nach drei Jahren erreicht; an diesem verstärkten Ansteigen der jährlichen Rentensumme war weitgehend die Rentenreform beteiligt. In der Zeit vor der Rentenreform gab es keine systematische Anpassung der bestehenden Renten an die Höhe des durchschnittlichen Arbeitseinkommens. Die Renten wurden lediglich durch Zuschläge, Zulagen und eine Grundbetragserhöhung angehoben. Das Anwachsen der jährlichen Rentensumme vor der Reform resultierte aus den sporadischen Rentenverbesserungen und zum anderen aus der Zunahme des Rentenbestandes. Nach der Reform traten an die Stelle der unregelmäßigen Rentenerhöhungen die gesetzlich verankerten Rentenanpassungen, die eine Angleichung der Renten an die Entwicklung der Arbeitsverdienste gewährleisten sollen.

In den drei Rentenarten entwickelten sich die für Rentenzahlungen aufgewendeten Jahresbeträge nicht einheitlich. Die für die Versicherten- und Witwenrenten ausgezahlten Beträge nahmen von Jahr zu Jahr zu; ersterer verfünffachte sich und letzterer erweiterte sich auf das 5,3fache. Der Waisenrentenbetrag stieg bis 1953 sehr stark an, sank dann bis 1956 wieder

Die durchschnittlichen Rentenbeträge in der Angestelltenversicherung in Schleswig-Holstein

Jahr	Versichertenrente	Witwen- und Witwerrente	Waisenrente
	in DM		
1950	93	49	32
1951	97	50	33
1952	114	56	36
1953	118	60	37
1954	120	62	38
1955	133	69	38
1956	137	72	38
1957	197	115	50
1958	229	141	55
1959	241	150	58
1960	255	160	62

etwas ab; 1957 und 1958 kletterte er infolge der Rentenreform auf ein höheres Niveau und nimmt seither wieder ab. Die abweichende Entwicklung der Waisenrentensumme ist durch die oben erwähnte Änderung des Waisenrentenbestandes bedingt.

Der monatliche Rentenbetrag im Mittel aller in Schleswig-Holstein laufenden Versichertenrenten der Angestelltenversicherung belief sich 1950 auf 93 DM. Bis 1956, dem Jahr vor der Rentenreform, stieg er auf 137 DM, und 1960, drei Jahre nach der Rentenreform, betrug er immerhin 255 DM. In den elf Jahren bis 1960 stieg die durchschnittliche Versichertenrente damit auf 274% von 1950. In der gleichen Zeit erhöhte sich die durchschnittliche Witwenrente auf 327% und die Waisenrente auf 194%. Diese beachtlichen Rentenanhebungen sind weitgehend auf die Verbesserungen zurückzuführen, die die Rentenreform mit sich brachte. Eines der wichtigsten Ziele der Reform war es, die Sozialrente von einem Zuschuß zum Lebensunterhalt zu einer ausreichenden Lebensgrundlage umzuwandeln, die den Rentner aus der Nähe der Fürsorgeempfänger in die Nachbarschaft des Lohnempfängers rückt. Das besonders starke Ansteigen der durchschnittlichen Witwenrente hängt damit zusammen, daß die Witwenrente nach den Neuregelungsgesetzen nicht mehr wie bisher die Hälfte, sondern drei Fünftel der Versichertenrente des Ehemannes ausmacht.

Dr. Enno Heeren

Kurzberichte

Verkehr der Bundesbahn

Von 1953 bis 1957 sind die Betriebs- und Verkehrsleistungen der Bundesbahn stetig gestiegen. Das allmähliche Zurückgehen der Zuwachs-

raten kündigte aber bereits einen Umschwung dieser Entwicklung an, der dann auch nach 1957 eintrat. So ging die Zahl der Zugkilometer von 589 Mill. km im Jahre 1957¹ auf 566 Mill. km

¹) ohne Saarland

im Jahre 1959² zurück. Auch die Achskilometer sanken um 3%. 1957 wurden noch 1 682 Mill. Personen befördert. 2 Jahre später nur noch 1 607 Mill. Die Tariftonnenkilometer verminderten sich von 57,2 Mrd. auf 53,9.

Diese Entwicklung hatte sich schon in den vorhergehenden Jahren angebahnt. Mit der Ausweitung des Güterverkehrs hatte die Bahn nicht Schritt halten können. Die Vorteile des Haus-Haus-Verkehrs durch den Kraftwagen und die Zunahme der Binnenschiffe mit eigener Triebkraft, die sich den Verkehrsbedürfnissen besser anpassen können, hatten den Anteil der Bahn am Güterverkehr von 65% im Jahre 1950 über 52% im Jahre 1957 auf 49% im Jahre 1959 zurückgedrängt. Auch im Personenverkehr machte sich die Konkurrenz der Straße immer stärker bemerkbar. 1959 wurden erstmalig im Überlandverkehr mit Omnibussen mehr Reisende befördert als im Schienenverkehr der Bundesbahn. Daneben wandern immer mehr Leute vom öffentlichen Verkehr ab, indem sie sich ein eigenes Kraftfahrzeug zulegen.

Die gleiche Entwicklung zeigt sich auch in Schleswig-Holstein. Über die Betriebsleistungen liegen nur Angaben für den Direktionsbezirk Hamburg vor. Hier ging die Zahl der Zugkilometer von 37 800 auf 35 900 innerhalb der beiden Jahre zurück. Der Rückgang bei den Reisezügen war dabei verhältnismäßig geringer. Ihre Wagenachskilometer hielten mit 549 000 und 545 000 fast die gleiche Höhe, während die der Güterzüge von 772 000 auf 721 000 absanken.

Über die Verkehrs- und Abfertigungsleistungen liegen Landeszahlen vor. 1957 wurden 13,7 Mill. Fahrkarten verkauft, 1959 nur noch 12,5 Mill. Auch die versandten Wagenladungen verminderten sich von 3,1 Mill. t auf 2,6 Mill. t und die ankommenden von 5,7 Mill. t auf 5,0 Mill. t. Der Gepäck- und Expressgutverkehr nahm in den 2 Jahren weiter zu, was übrigens auch für das ganze Bundesgebiet zutrifft. In Schleswig-Holstein kamen 1957 6 000 t Gepäck und 29 900 t Expressgut an, 1959 dagegen 7 000 t und 31 200 t. Der Versand betrug 1957 5 600 t Gepäck und 17 900 t Expressgut und 1959 6 500 t und 18 100 t. Beim Eil- und Frachtstückgut war aber ein Rückgang festzustellen. Der Versand sank von 167 700 t auf 160 500 t und der Empfang von 144 200 t auf 134 400 t.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

2) einschl. Saarland

Die Berufsschüler und ihre Berufe

Im November 1960 wurden die Berufsschulen in Schleswig-Holstein von rund 75 700 Schülern besucht. Ihre Zahl hatte damit weiterhin abgenommen. Von den Schülern waren fast 61 500 Lehrlinge, und zwar 39 100 männliche und 22 400 weibliche. Dabei hatten die kaufmännischen Berufe, die Metallberufe und mit Abstand die Bauberufe die meisten Lehrlinge aufzuweisen. Zu diesen drei Berufsgruppen gehörten knapp zwei Drittel aller Lehrlinge. Von den Jungen lernten 33% einen Metallberuf und 16% einen Bauberuf. Bei den Mädchen stand die kaufmännische Lehre weitaus an der Spitze. Die Zahl der Anlernlinge und der Angelernten, die eine Berufsschule besuchten, war mit insgesamt 3 300 Jugendlichen recht klein. Es handelte sich dabei vor allem um Mädchen, die für kaufmännische oder für Textil- und Bekleidungsberufe angelernt wurden. Rund 1 600 Berufsschüler galten als mithelfende Familienangehörige. Sie waren zum größten Teil in der Landwirtschaft tätig. Etwa 8 400 Jugendliche arbeiteten als Ungelernte. Darunter waren über 5 000 Mädchen, die in der Hauswirtschaft oder in der Landwirtschaft und im Gartenbau beschäftigt wurden. Die Zahl der Berufsschüler, die ohne Beruf sind - dazu zählen auch die Haustöchter im elterlichen Haushalt - oder als arbeitslos gelten, ist von Jahr zu Jahr kleiner geworden. Hierzu rechneten im November 1960 nur noch 950 Jugendliche.

Die Berufsschüler nach Berufsgruppen im November 1960

Berufliche Stellung	Berufsschüler	davon	
		männlich	weiblich
in 1 000			
Lehrlinge	61,5	39,1	22,4
darunter in			
kaufmännischen Berufen	20,2	5,9	14,3
Metallberufen	13,3	13,1	0,2
Bau- und Baunebenberufen	6,3	6,1	0,2
Nahrungs- und Genussmittelberufen	4,1	2,9	1,2
Elektrikerberufen	3,5	3,5	0,0
Holzbearbeitungsberufen	1,7	1,7	0,0
Textil- und Bekleidungsberufen	1,7	0,3	1,4
landwirtschaftlichen, Forst- und Fischereiberufen	1,4	1,4	0,0
Anlernlinge und Angelernte	3,3	0,1	3,3
Jungangestellte in kaufmännischen Berufen	0,1	0,0	0,1
Jungarbeiter	8,3	2,2	6,2
Mithelfende Familienangehörige	1,6	0,8	0,8
Berufs- und Arbeitslose	1,0	0,3	0,7
Insgesamt	75,7	42,4	33,3

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Vergleiche auch: *Die Berufsschulen 1959* in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 191 (August)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt			März	April	Mai	Febr.	März	April
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1000	2 598	2 299	2 292	2 294	2 297	2 313	2 315
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*Anzahl	1000	856 ^a	643	642	642	642
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28
Zugewanderte ²⁾										
*Anzahl	1000	134 ^a	153	151	151	152
in % der Wohnbevölkerung		5	7	7	7	7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ³⁾										
*Anzahl		2 078	1 812 ^b	1 588	1 956	1 888	1 231	2 028	1 798	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,6	9,5 ^b	8,2	10,4	9,7	6,9	10,3	9,4	...
Lebendgeborene ⁴⁾										
*Anzahl		3 448	3 140 ^b	3 387	3 222	3 205	3 228	3 588	3 496	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,9	16,4 ^b	17,4	17,1	16,4	18,2	18,3	18,4	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 059	2 299 ^b	2 802	2 281	2 237	2 249	2 367	2 175	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,5	12,0 ^b	14,4	12,1	11,5	12,7	12,0	11,4	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	96	107	90	101	99	104	85	...
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,1	3,2	2,8	3,2	3,1	2,9	2,4	...
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+ 1 389	+ 841 ^b	+ 585	+ 941	+ 968	+ 979	+ 1 221	+ 1 321	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 4,4 ^b	+ 3,0	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,5	+ 6,2	+ 6,9	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 784 ^b	6 221	9 312	8 395	5 092	6 584
darunter										
Vertriebene		2 173	1 519 ^b	1 474	2 050	1 865
Zugewanderte		.	1 079 ^b	896	1 186	1 354
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 004 ^b	5 549	8 108	6 395	4 572	5 908
darunter										
Vertriebene		9 662	1 543 ^b	1 341	2 196	1 659
Zugewanderte		.	729 ^b	644	899	756
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		- 8 961	+ 780 ^b	+ 672	+ 1 204	+ 2 000	+ 520	+ 676
darunter										
Vertriebene		- 7 489	- 24 ^b	+ 133	- 146	+ 206
Zugewanderte		.	+ 350 ^b	+ 252	+ 287	+ 598
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾		11 614	9 713 ^b	8 989	15 504	11 726	7 149	9 024
Wanderungsfälle ⁶⁾										
Anzahl		31 221	22 501 ^b	20 759	32 924	26 516	16 813	21 516
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾		198	168 ^b	153	257	196	135	155
Umsiedler		6 329 ^c	329	437	403	389	203	273	111	254
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	156	202	139	234	64	204	75	174
Baden-Württemberg		2 602	24	32	11	25	9	8	19	37
Rheinland-Pfalz		2 928	6	5	-	8	5	4	3	-
Hessen		238	9	3	3	13	5	4	-	5
Hamburg		41	134	195	250	109	120	53	14	38
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	774 ⁺	764	.	.	.	787	.	.
darunter *Männer	1000	429 ⁺	520 ⁺	513	.	.	.	528	.	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1000	210	21	24	21	16	23	15	12	9
je 100 Arbeitnehmer		25,2	2,6	3,1	2,6	2,0	2,8	1,9	1,5	1,2
und zwar										
*Männer	1000	146 ^d	13	14	11	8	15	8	6	5
Vertriebene	1000	119 ^d	.	7	.	.	.	4	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte
a) am 13. 9. 1950 b) auf Normaljahr (365 Tage) umgerechnet c) ohne Anrechnungsfälle d) Vertriebene und Zugewanderte

nod: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^e	1 219 ^e
darunter *Milchkühe	1000	458 ^e	460 ^e
*Schweine	1000	1 031 ^e	1 414 ^e	1 286	.	.	1 404	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1000	107 ^e	154 ^e	138	.	.	162	.	.	.
darunter *trüchtig	1000	68 ^e	97 ^e	87	.	.	105	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	18	15	14	15	15	16	14	15
*Kälber	1000 St	14	6	10	8	6	7	10	6	5
*Schweine	1000 St	45 ^f	90	97	81	91	105	107	93	106
darunter *Hausschlachtungen	1000 St	18 ^f	13 ^g	18	7	3	23	17	6	3
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾ (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	11,0	10,9	10,1	11,5	10,6	11,9	11,2	12,5
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,8	3,3	3,0	3,2	3,2	3,5	3,2	3,2
*Schweine	1000 t	2,6	6,8	7,0	6,6	7,8	7,0	7,8	7,5	8,9
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	217	221	219	214	220	221	234	220
*Kälber	kg	26	52	48	51	57	50	49	52	57
*Schweine	kg	98	87	89	89	88	85	86	86	86
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	146	176	184	203	138	178	191	216
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	12,9	13,9	14,8	10,7	12,5	13,8	15,2
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	89	88	89	91	87	88	89	92
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	168	164	167	168	172	172	174	174
darunter *Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	138	135	137	138	141	141	142	142
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 539	25 251	24 108	24 711	23 627	25 855	24 219	24 908
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	20,4	62,3	57,8	60,9	61,5	60,1	68,6	64,1	69,9
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	5,6	19,8	18,4	18,9	19,0	21,1	21,5	21,8	22,1
*Brennstoffverbrauch	1000 SKB ¹³⁾	81	66	58	64	68	58	67	62	61
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 507	10 995	10 993	12 064	10 747	11 175	10 945	11 459
Heizölverbrauch	1000 t	.	46	45	44	45	47	50	46	48
*Stromverbrauch	Mill. kWh	30	83	84	78	84	83	88	82	86
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	11	22	21	18	21	21	20	17	18
*Umsatz ¹⁴⁾	Mill. DM	201	534	552	474	539	492	602	523	604
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	10	82	93	55	94	50	72	63	95
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion	1950=100	115 ^h	255 ⁱ	251	254	268	278	272	277	...
einschl. Energie und Bau										
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		107	633	601	610	628	615	674	650	655
Industrie der Steine und Erden		111	236	216	254	r 282	185	256	272	289
Hochofen- und Stahlwerke		106	147	111	139	173	162	175	161	151
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	139	129	114	142	150	180	153	141
Mineralölverarbeitung		117	1 030	867	938	r1 118	1 093	801	1 211	1 148
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	994	929	1 041	1 068	1 287	r1 250	1 436	1 317
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	104	101	105	114	r 110	r 122	136	128
papierherzeugenden Industrie		102	292	278	268	308	322	327	312	316
Schiffbaues		126	314	322	332	r 347	307	308	319	332
Maschinenbaues		134	259	285	265	r 280	r 478	300	275	406
elektrotechnischen Industrie		144	589	513	534	r 597	761	737	677	708
feinmechanischen und optischen Industrie		159	698	629	756	636	716	829	782	787
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		119	214	208	197	225	213	214	216	229
ledererzeugenden Industrie		97	91	95	89	86	100	90	85	97
Schuhindustrie		102	226	283	248	257	253	266	276	262
Textilindustrie		118	193	198	181	192	226	212	210	195
Bekleidungsindustrie		115	128	144	132	143	153	160	153	165
Fleischwarenindustrie		137	178	156	169	168	165	182	170	198
fischverarbeitenden Industrie		143	227	303	270	259	212	211	174	135
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	124	148	168	181	120	149	168	199
tabakverarbeitenden Industrie		114	243	232	224	250	246	269	247	255
Bauproduktion		92	212	194	244	r 250	185	224	248	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

9) gewerbliche Schlachtungen 10) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren e) Dezember f) Winterhalbjahr 1950/51 = 35

g) Winterhalbjahr 1960/61 = 22 h) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951 i) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: vorläufige Ergebnisse

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt			März	April	Mai	Febr.	März	April
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	66	131	139	111	115	120	122	111	106
*Stromverbrauch 15)	Mill. kWh	70	175	178	159	159	178	194	175	178
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mill. cbm	11	18	19	17	17	18	19	17	17
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17)										
*Beschäftigte		39 835	60 895	60 197	63 082	63 508	p58365	p60384	p62277	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 296	9 187	10 256	10 872	p7 636	p9 916	p10052	...
darunter *für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 170	4 279	4 737	4 946	p3 494	p4 404	p4 434	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	8,5	27,5	24,7	28,7	31,5	p 23,9	p 30,8	p 31,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	0,5	1,8	1,7	1,7	1,8	p 1,8	p 1,9	p 1,9	...
*Umsatz	Mill. DM	24,3	87,9	63,5	75,6	89,6	p 59,7	p 83,0	p 86,1	...
Baugenehmigungen 18)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	1 056	1 064	967	1 322	695	782	863	1 237
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	311	773	292	380	217	371	336	344
Veranschlagte reine Baukosten 19)										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	22,2	82,4	55,2	69,7	105,2	63,8	86,8	75,7	106,4
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	16,9	58,2	37,3	51,5	71,2	42,1	48,2	49,4	78,2
*Umbauter Raum in allen Gebäuden 19)										
(ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	1 254	893	1 086	1 565	927	1 222	1 051	1 600
darunter *in Wohngebäuden	1000 cbm	536	818	524	727	1 000	566	621	635	1 061
*Wohnungen 20)		2 306	2 467	1 512	2 270	2 998	1 672	1 969	1 801	2 986
darunter *in ganzen Wohngebäuden		2 061	2 213	1 277	1 984	2 634	1 462	1 709	1 538	2 719
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	2 155	1 233	1 016	1 158	834	1 068	1 191	1 271
Wohnräume 22)		4 926	8 628	4 963	4 106	4 633	2 931	4 297	4 566	5 089
HANDEL										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1960=100	.	.	94	98	100	86	104	101	107
davon										
*Nahrungs- und Genussmittel		.	.	96	103	98	90	107	102	105
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	77	90	109	80	95	103	114
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	89	90	94	83	101	98	100
*Sonstige Waren		.	.	107	102	101	90	113	101	111
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	561	694	583	394	245	507	109	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 214	584	1 815	1 597	569	887	1 031	...
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	13 865	12 036	9 267	11 753	12 452	13 318	15 724	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	31 799	30 605	26 389	32 168	28 214	28 137	27 437	...
*Ausfuhr nach Warengruppen 23)	Mill. DM	7,2	99,3	110,8	56,0	103,7	68,8	65,4	98,8	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	0,7	7,8	10,5	6,8	6,5	7,0	6,9	10,3	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	6,5	91,5	100,3	49,1	97,3	61,8	58,5	88,4	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	0,2	2,8	3,0	2,4	2,5	3,0	3,5	2,6	...
*Halbwaren	Mill. DM	2,3	7,8	6,8	4,4	8,7	12,0	8,7	10,3	...
*Fertigwaren	Mill. DM	4,0	81,0	90,5	42,3	86,0	46,9	46,4	75,6	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	0,5	3,1	3,3	2,5	3,0	3,0	3,1	3,2	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	3,5	77,9	87,2	39,8	83,0	43,9	43,3	72,4	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 23)										
Norwegen	Mill. DM	0,3	14,4	14,5	13,2	29,1	1,2	1,6	22,6	...
Sowjetunion	Mill. DM	-	2,7	-	0,1	0,1	0,0	0,2	13,6	...
Italien	Mill. DM	0,2	3,8	2,6	2,7	4,9	6,8	6,2	6,9	...
Niederlande	Mill. DM	0,6	7,9	4,5	4,0	20,0	14,8	6,2	6,1	...
Schweden	Mill. DM	0,6	5,8	18,5	4,0	3,5	4,3	4,5	5,1	...
Dänemark	Mill. DM	0,8	9,8	7,7	5,2	7,0	9,5	8,2	4,6	...
Großbritannien	Mill. DM	0,1	10,8	20,1	2,6	4,0	3,1	3,6	4,1	...
Schweiz	Mill. DM	0,3	2,6	1,8	2,5	2,7	2,7	3,2	3,4	...
VERKEHR										
Seeschifffahrt 24)										
Güterempfang	1000 t	141	485	453	430	519	381	398	470	...
Güterversand	1000 t	86	144	120	107	152	152	131	116	...
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	137	132	129	145	109	115	138	155
*Güterversand	1000 t	.	238	243	232	281	201	260	257	292

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude; ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 bis 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1960/61 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1960/61 = vorläufige Zahlen

nod: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
			Monats-Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
nod: VERKEHR										
Nord-Ostsee-Kanal ²⁵⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 938	6 472	5 377	5 761	6 895	4 724	5 847	5 783	6 223
darunter deutsche	%	64,0	64,9	67,8	67,1	65,7	61,4	66,5	65,4	63,9
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	3 461	2 989	3 029	3 567	2 804	3 042	2 977	3 333
darunter deutscher Anteil	%	23,3	28,4	25,7	27,1	28,5	24,5	27,6	27,6	28,9
Güterverkehr	1000 t	2 492	4 804	3 828	4 056	4 899	3 851	4 156	4 132	4 581
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	31,2	28,6	30,0	30,1	27,7	29,3	28,7	30,9
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	2 436	2 299	2 351	2 639	2 136	2 227	2 232	2 284
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	2 369	1 529	1 705	2 260	1 716	1 928	1 900	2 297
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		1 244	3 807	5 494	4 695	4 848	4 018	6 256	4 452	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	159	248	322	326	97	285	219	...
*Personenkraftwagen		398	2 751	3 968	3 397	3 600	3 006	4 545	3 161	...
*Kombinationskraftwagen		.	177	218	235	257	206	326	251	...
*Lastkraftwagen		247	323	363	342	305	317	441	396	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		826	3 238	2 041	2 698	3 136	2 386	2 894	2 918	p3 379
davon										
*mit Personenschaden		417	1 099	685	956	1 247	755	825	951	p1 120
*nur mit Sachschaden		409	2 139	1 356	1 742	1 889	1 631	1 969	1 967	p2 259
*Getötete Personen ²⁶⁾		17	47	32	52	54	31	31	48	p 53
*Verletzte Personen		493	1 391	822	1 184	1 572	967	1 148	1 173	p1 424
Fremdenverkehr ²⁷⁾										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ^j	129 ^j	71	91	105	61	84	94	...
darunter *Auslandsgäste	1000	2 ^j	17 ^j	6	17	15	4	10	13	...
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ^j	815 ^j	228	273	411	185	261	295	...
darunter *Auslandsgäste	1000	5 ^j	34 ^j	11	24	25	7	16	20	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁸⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	741 ^k	4 212 ^k	3 781	3 834	3 868	4 305	4 423	4 496	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	441 ^k	1 265 ^k	1 111	1 124	1 129	1 277	1 343	1 382	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	428 ^k	1 259 ^k	1 101	1 114	1 125	1 271	1 340	1 377	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	299 ^k	2 947 ^k	2 670	2 710	2 738	3 028	3 079	3 115	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	263 ^k	2 542 ^k	2 294	2 326	2 350	2 614	2 660	2 692	...
*Einlagen von Nichtbanken ²⁸⁾	Mill. DM	408 ^k	2 773 ^k	2 562	2 612	2 641	2 876	2 848	p2 896	...
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	277 ^k	1 239 ^k	1 205	1 236	1 256	1 290	1 250	1 295	...
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	231 ^k	981 ^k	952	997	990	1 006	990	1 040	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	131 ^k	1 534 ^k	1 357	1 376	1 385	1 586	1 598	p1 601	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	94 ^k	1 025 ^k	910	923	930	1 060	1 068	1 071	1 078
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	9	.	65	69	59	71	71
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	7	.	49	51	49	46	59
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	7	6	13	5	10	9	6	7
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	1	1	-	1	-	1	3	2
Wechselproteste	Anzahl	682	746	733	745	769	721	710
Wert	1000 DM	517	500	458	436	470	599	469
STEUERN ²⁹⁾										
*Landessteuern	1000 DM	14 273	45 229	60 073	26 262	30 443	35 348	74 036	32 970	36 262
darunter										
*Vermögenssteuer	1000 DM	268	1 782	612	544	3 960	4 584	1 611	409	4 691
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	4 717	4 987	5 113	4 809	4 823	6 089	5 155	5 787
*Biersteuer	1000 DM	248	506	359	389	488	518	346	414	532
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	111 073	111 719	98 439	95 542	93 713	127 475	109 590	103 469
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	35 573	28 622	33 424	32 543	31 179	32 489	37 611	35 047
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 204	1 026	1 207	1 104	1 017	1 062	1 177	1 157
*Zölle	1000 DM	1 381	6 380	8 052	9 244	6 845	7 766	7 527	7 544	8 226
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	46 722	46 341	44 969	44 937	42 114	52 478	50 407	47 240
darunter *Tabaksteuer	1000 DM	22 295	34 316	33 964	30 846	34 489	33 023	36 810	35 633	34 061
*Notopfer Berlin ³⁰⁾	1000 DM	951	73	44	122	49	50	46	42	47
außerdem *Lastenausgleichsabgaben ³¹⁾	1000 DM	5 569	6 396	8 415	4 493	10 645	9 682	2 458	4 114	10 690

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
 27) ab April 1961 = vorläufige Zahlen 28) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 29) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr 30) ohne Abgabe auf Postsendungen 31) 1950; nur Soforthilfe-Abgaben j) 1950: Angaben aus 110 Berichtsgemeinden; für das Sommerhalbjahr 1950 (April bis September) Mts. - ϕ 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1955 Angaben aus 165 Berichtsgemeinden. Für das Sommerhalbjahr 1960 Mts. - ϕ 196 000 Fremdenmeldungen mit 1 430 000 Übernachtungen k) Stand: 31.12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ³²⁾	1000 DM	11 560	54 633	78 954	27 065	28 756	33 110	96 780	36 596	33 580
davon										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	19 241	5 860	13 073	14 612	14 905	8 102	19 119	19 442
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	25 473	46 725	11 314	10 381	13 760	61 612	16 002	11 822
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	541	570	802	417	265	375	320	192
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	8 377	25 788	1 876	3 346	4 180	26 692	1 156	2 123
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1000 DM	26 416 ⁺	73 945 ⁺	66 491 ^m	.	.	.	75 867 ^m	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 829 ⁺	7 087 ^m	.	.	.	6 562 ^m	.	.
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 837 ⁺	11 582 ^m	.	.	.	13 121 ^m	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	50 517 ⁺	43 370 ^m	.	.	.	52 047 ^m	.	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 782 ⁺	4 452 ^m	.	.	.	4 137 ^m	.	.
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	6 407 ⁺	6 280 ^m	.	.	.	6 475 ^m	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	98	99	99	100	97	94	p 94	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	132	133	132	131	129	p 129	...
Erzeugerpreise industrieller Produkte	1950=100	100	126	125	125	125	128	128	128	128
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	100 ⁿ	137 ^q	138	139	135	125	p 123	p 125	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	.	113	.	.	113	117	.	.	p 118
Einkaufspreise landwirtschaftlicher										
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51=100	100 ⁿ	131 ^q	132	132	132	134	135	135	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	113	113	113	113	114	114	114	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³³⁾	1958=100	.	102,4	101,9	102,1	102,8	103,8	104,1	104,1	104,8
darunter										
Ernährung	.	102,4	102,8	103,1	104,9	102,0	102,4	102,2	103,6	103,6
Wohnung	.	108,7	103,7	104,3	104,4	116,5	116,5	117,4	117,6	117,6
Heizung und Beleuchtung	.	102,0	101,7	100,9	100,8	103,9	103,8	102,7	102,4	102,4
Bekleidung	.	101,5	101,2	101,3	101,3	103,2	103,6	103,8	103,9	103,9
Hausrat	.	98,6	98,4	98,4	98,0	100,4	100,3	100,2	100,5	100,5
LÖHNE UND GEHALTER ³⁴⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	133,62	.	.	135,35	143,57
darunter Facharbeiter	DM	66,90	141,99	.	.	143,72	155,30
*weiblich	DM	37,09	79,60	.	.	78,68	84,13
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	130,4	280,7	.	.	283,1	301,0
darunter Facharbeiter	Pf	139,8	297,6	.	.	300,5	323,3
*weiblich	Pf	80,8	181,7	.	.	179,3	195,7
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	49,2	47,6	.	.	47,8	47,7
*weiblich	Std.	45,9	43,8	.	.	43,9	43,0
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	.	45,0	.	.	44,7	46,8
*weiblich	Std.	.	41,7	.	.	41,2	42,4
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	675	.	.	667	710
*weiblich	DM	.	428	.	.	418	459
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	776	.	.	759	817
*weiblich	DM	.	453	.	.	439	479
im Handel ³⁶⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	616	.	.	597	658
*weiblich	DM	.	369	.	.	361	403
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	642	.	.	649	655
*weiblich	DM	267
in Industrie ³⁵⁾ und Handel ³⁶⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	633	.	.	618	674
*weiblich	DM	.	387	.	.	377	420
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	768	.	.	753	806
*weiblich	DM	.	447	.	.	432	475

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

32) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 33) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM und einem Haushalts-Nettoeinkommen von rund 600 DM monatlich nach den Verbrauchs- und Preisverhältnissen des Jahres 1958 34) Effektivverdienste: Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1960 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 35) einschl. Baugewerbe 36) Handel, Geld- und Versicherungswesen m) 1. 1. - 31. 3. n) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juni - Juli) q) Wirtschaftsjahr 1959/60 (Juni - Juli)

Jahreszahlen A*

	Zeit 1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT													
Wohnbevölkerung	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269	2 284	2 299
darunter													
Vertriebene ²⁾			35	34	31	30	28	28	28	28	28	28	28
in % der Wohnbevölkerung													
Zugewanderte ²⁾			4	4	5	6	6	6	6	6	6	6	7
in % der Wohnbevölkerung													
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1000	+ 17	+ 13	+ 11	+ 10	+ 7	+ 7	+ 7	+ 7	+ 8	+ 11	+ 10
Wanderungsgewinn(+) bzw. -verlust(-)	JS	1000	- 108	- 84	- 73	- 90	- 49	- 34	- 13	+ 6	+ 3	+ 3	+ 9
Beschäftigte Arbeitnehmer ³⁾	30. 9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757	772	770	791
darunter in den Wirtschaftsbereichen													
Land- und Forstwirtschaft	30. 9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72	56	54
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30. 9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355	360	373
Handel und Verkehr	30. 9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171	177	183
Arbeitslose	30. 9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27	17	11
je 100 Arbeitnehmer	30. 9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4	2,2	1,4
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR													
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen je 1 000 Einwohner	Mai Mai	1000	480 182	448 177	418 169	394 164	368 158	353 154	337 148	323 143	314 138	306 134	302 132
VOLKSEINKOMMEN													
Brutto-Inlandsprodukt ⁴⁾ je Einwohner	JS	Mill. DM DM	3 607 1 387	4 146 1 648	4 574 1 875	4 827 2 041	5 092 2 210	5 642 2 486	6 178 2 743	6 775 3 000	7 219 3 182	7 900 ^{a)} 3 500 ^{a)}	...
LANDWIRTSCHAFT													
Viehbestand													
Pferde	3. 12.	1000	167	148	134	122	107	99	87	80	72	58	46
Rinder	3. 12.	1000	999	994	1 045	1 053	1 061	1 040	1 072	1 094	1 129	1 106	1 219
darunter Milchkühe	3. 12.	1000	458	454	453	462	451	429	431	431	426	441	460
Schweine	3. 12.	1000	1 031	1 122	1 122	1 036	1 196	1 184	1 210	1 298	1 279	1 328	1 414
Schafe	3. 12.	1000	129	130	129	123	114	112	112	116	119	113	105
Hühner ⁵⁾	3. 12.	1000	3 827	3 679	3 570	3 791	3 716	3 476	3 493	3 486	3 522	3 623	3 648
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁶⁾													
Rinder	JS	1000	164	203	188	240	250	253	229	280	293	295	341
Schweine	JS	1000	818	1 164	1 251	1 238	1 276	1 455	1 441	1 675	1 745	1 725	1 883
Milcherzeugung													
Kuhmilcherzeugung	JS	1000 t	1 562	1 607	1 544	1 673	1 648	1 577	1 586	1 662	1 699	1 682	1 750
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 546	3 468	3 712	3 634	3 554	3 711	3 857	3 946	3 951	3 965
INDUSTRIE⁷⁾													
Beschäftigte je 1 000 Einwohner	JD	1000	109 42	115 46	119 48	126 53	136 58	148 64	158 70	164 73	164 72	162 71	168 73
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	301	334	378	424	488	534	581	638	659	747
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	80	92	103	117	134	156	173	197	210	238
Umsatz ⁸⁾	JS	Mill. DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744	6 053	6 407
darunter Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782	840	987
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	214	224	236	p 255
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN													
Baugenehmigungen													
Wohnungen	JS	1000	27,7	19,8	21,0	22,6	21,8	24,7	22,3	23,4	25,3	28,6	29,6
darunter in ganzen Wohngebäuden	JS	1000	24,7	17,4	18,6	20,4	19,5	22,2	19,8	20,9	22,5	25,8	26,6
Baufertigstellungen													
Wohnungen													
Anzahl	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4	25,3	25,9
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7	8,1	11,0	11,2
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2	49,5	53,2	50,9
Wohnräume ⁹⁾													
Anzahl	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8	99,7	103,5
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3	32,0	43,5	44,8
Bestand an													
Wohnungen	31. 12.	1000	461,4	483,2	500,6	520,2	539,0	564,2	585,5	605,9	623,4	647,1	671,2
Wohnräumen ⁹⁾	31. 12.	1000	1 853	1 929	1 987	2 055	2 122	2 104	2 184	2 262	2 334	2 431	2 531

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit B 1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme 2) Definitionen siehe unter Tab. "Monats- und Vierteljahreszahlen" 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte 4) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt 5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 6) gewerbl. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 8) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 9) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen a) vorläufige Ergebnisse

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung am 31. 3. 1961		Arbeitslose am 30. 9. 1960	Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1. 1. - 31. 3. 1961 in 1 000 DM	Schlüssel- zuweisungen an Landkreise und Gemeinden im KJ. 1961 in 1 000 DM	
	ins- gesamt	Veränderung in % gegenüber Volkszählung				
		1939 ¹⁾				1950 ¹⁾
Flensburg	98 228	+ 39	- 4	788	4 209	2 096
Kiel	271 365	- 1	+ 5	2 030	13 387	7 843
Lübeck	232 856	+ 50	- 2	1 598	11 933	5 997
Neumünster	73 462	+ 36	- 0	374	3 703	1 376
Eckernförde	65 193	+ 54	- 23	307	1 469	4 255
Eiderstedt	18 807	+ 24	- 28	52	628	764
Eutin	89 386	+ 74	- 17	569	2 597	4 672
Flensburg-Land	64 437	+ 44	- 18	342	1 087	5 205
Hzgt. Lauenburg	130 265	+ 79	- 13	355	3 390	6 477
Husum	62 656	+ 32	- 20	284	1 743	3 268
Norderdithmarschen	57 264	+ 29	- 26	295	1 689	2 603
Oldenburg (Holstein)	79 251	+ 50	- 20	687	2 002	3 421
Pinneberg	216 022	+ 94	+ 8	481	8 081	6 974
Plön	109 110	+ 62	- 12	570	2 313	6 080
Rendsburg	156 802	+ 60	- 15	875	4 700	7 717
Schleswig	98 332	+ 27	- 23	330	2 348	5 471
Segeberg	93 699	+ 74	- 16	174	2 218	4 779
Steinburg	122 620	+ 42	- 21	240	5 114	3 559
Stormarn	143 924	+ 112	- 2	375	5 251	5 363
Süderdithmarschen	71 883	+ 33	- 27	155	2 387	3 048
Südtondern	59 525	+ 29	- 17	122	2 096	3 630
Schleswig-Holstein	2 315 087	+ 46	- 11	11 003	82 343	94 599

Kreisfreie Stadt Landkreis	Gesamt- aufwand der öffentlichen Fürsorge 2) im Rj. 1959 in DM je Einw.	Industrie 3)		Straßenverkehrsunfälle im 1. Vj. 1961		
		Be- schäftigte am 31. 5. 1961	Umsatz 4) in Mill. DM im Mai 1961	Unfälle	Getötete 5)	Verletzte
Flensburg	33,87	7 387	28,5	400	3	106
Kiel	33,69	35 201	83,8	1 212	3	400
Lübeck	35,35	33 990	107,6	994	7	336
Neumünster	27,58	13 214	26,2	336	1	121
Eckernförde	36,35	1 771	4,6	240	3	96
Eiderstedt	27,14	357	2,0	45	-	10
Eutin	30,50	4 060	13,5	281	4	116
Flensburg-Land	23,62	780	2,1	188	2	62
Hzgt. Lauenburg	26,08	9 383	20,3	358	6	151
Husum	24,85	953	2,5	205	2	79
Norderdithmarschen	27,89	793	2,8	169	1	69
Oldenburg (Holstein)	23,85	1 354	6,1	223	6	85
Pinneberg	21,34	19 820	74,3	738	10	302
Plön	25,35	1 847	8,9	293	8	145
Rendsburg	26,00	10 057	27,3	445	9	216
Schleswig	27,85	3 857	20,8	342	3	119
Segeberg	22,50	4 775	16,0	326	5	174
Steinburg	28,16	9 837	36,8	392	6	142
Stormarn	22,17	8 837	84,6	472	13	184
Süderdithmarschen	26,22	4 724	29,7	173	3	70
Südtondern	22,66	1 128	4,1	162	1	65
Schleswig-Holstein	39,65	174 125	604,5	7 994	96	3 048

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1961 2) einschl. Tbc-Hilfe 3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

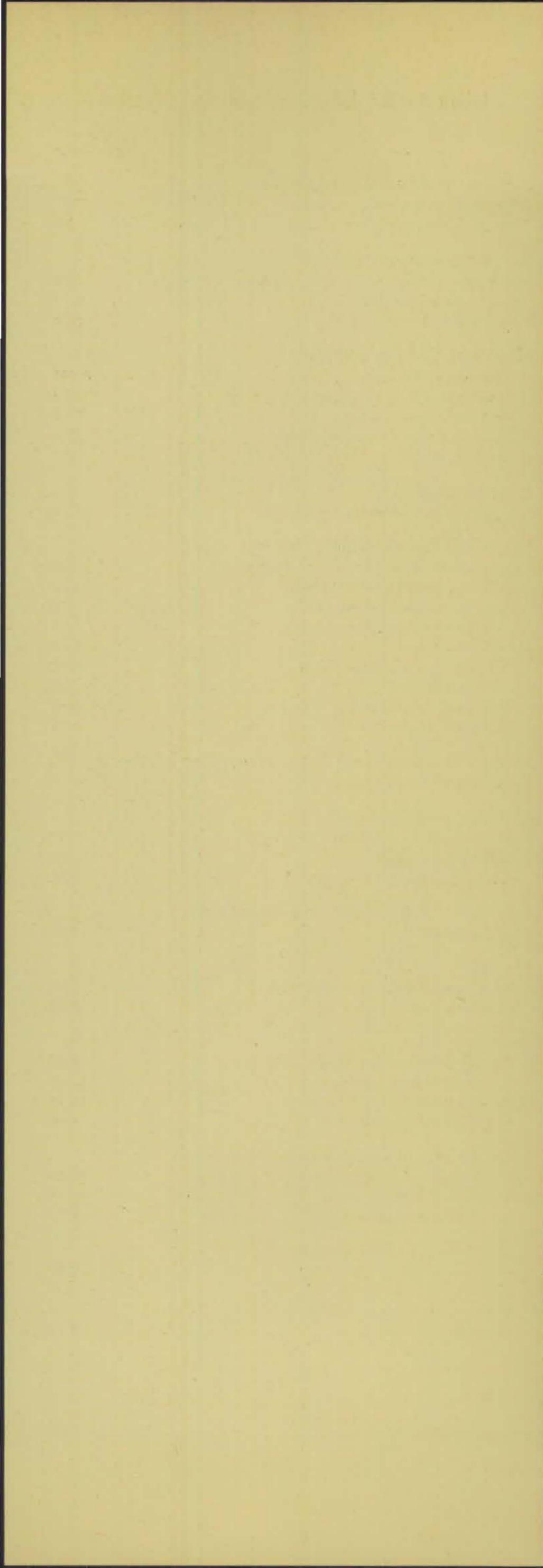
SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Würtbg.	Bayern	Saar- land
Bevölkerung												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1000	31.12.1960	53 756	2 309	1 837	6 576	704	15 853	4 783	3 411	7 727	9 495	1 061
darunter Vertriebene ¹ in % der jew. Wohnbevölkerung	"	18 ^a	28	14	26	16	16	19	9	18	19	.
Zugewanderte ² in % der jew. Wohnbevölkerung	"	7 ^a	7	9	8	8	7	7	5	6	4	.
Veränderung in % 31.12.1960 geg. VZ 1939	"	+ 34	+ 45	+ 7	+ 45	+ 25	+ 33	+ 37	+ 15	+ 41	+ 34	+ 19
31.12.1960 geg. 31.12.1950	"	+ 12	- 9	+ 16	- 2	+ 27	+ 21	+ 12	+ 14	+ 21	+ 4	+ 12
Bevölkerungsdichte ³ , Einwohner je qkm	"	217	147	2 458	139	1 744	467	227	172	216	135	413
Unterricht, Bildung und Kultur⁴												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1000	Mai 1960	6 453	302	186	827	85	1 866	567	432	887	1 164	138
je 1 000 Einwohner	"	121	132	102	126	122	119	120	128	117	124	132
Arbeit												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁵ in 1000	31.3.1961	20 418	787	823	2 326	295	6 593	1 762	1 140	3 009	3 329	353
Arbeitslose in 1000	30.4.1961	131	12	5	25	4	38	7	5	5	28	2
je 100 Arbeitnehmer ⁶	"	0,6	1,5	0,6	1,0	1,5	0,6	0,4	0,4	0,2	0,8	0,6
Arbeitslose Vertriebene in % aller Arbeitslosen des betr. Landes	31.3.1961	16,6	28,4	7,4	23,3	8,6	8,8	16,7	8,1	13,9	18,2	5,6
Volkseinkommen												
Brutto-Inlandsprodukt in Mrd. DM	1958	228,0 ^b	7,2	14,6	23,9	4,2	75,4	19,4	11,3	32,8	33,9	.
1959 ⁴	248,4 ^b	7,9	16,0	26,0	4,5	79,7	21,1	12,2	35,4	36,8	.	
in DM je Einwohner	1958	4 475 ^b	3 182	8 118	3 678	6 326	4 917	4 190	3 396	4 446	3 667	.
1959 ⁴	4 800 ^b	3 500	8 800	4 000	6 600	5 100	4 500	3 600	4 700	3 900	.	
Landwirtschaft												
Erzeugung von Kuhmilch ⁴ in 1000 t	April 1961	1 810	191	3	393	3	324	118	82	215	469	11
in kg je Kuh und Tag	"	10,4	13,8	13,1	12,8	12,6	13,3	9,7	8,2	8,2	8,5	10,2
Industrie												
Beschäftigte ⁷ in 1000	28.2.1961	7 926	172	232	709	104	2 852	670	361	1 435	1 217	175
je 1000 Einwohner	"	147	74	126	108	148	180	140	106	186	128	165
Umsatz ⁷ in Mill. DM	Fehr. 1961	21 115	492	955	2 151	337	8 156	1 636	896	3 449	2 677	366
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 337	50	142	387	68	1 196	301	141	543	371	138
Produktionsindex ⁸ (arbeitsstättlich) 1950 = 100	"	257	281	240	292	244	.	310	.	280	263	.
Bauwirtschaft⁴ und Wohnungswesen												
Beschäftigte in 1000	28.2.1961	1 301	58	47	170	21	382	111	78	197	207	29
je 1 000 Einwohner	"	24,2	25,3	25,5	25,9	29,9	24,1	23,3	22,8	25,5	21,9	27,8
Geleistete Arbeitsstunden in Mill. je Einwohner	Fehr. 1961	168 3,1	8 3,3	6 3,5	22 3,4	3 4,1	52 3,3	13 2,8	9 2,8	26 3,4	24 2,5	4 3,4
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁰ Anzahl je 10 000 Einwohner	April 1961	55 942 10,4	1 801 7,8	2 095 11,4	6 219 9,4	640 9,1	15 152 9,5	5 286 11,0	3 059 8,9	9 741 12,5	11 271 11,8	678 6,3
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl je 10 000 Einwohner	"	21 364 4,0	1 191 5,1	889 4,8	2 471 3,7	123 1,7	5 784 3,6	1 894 3,9	1 241 3,6	3 240 4,2	4 074 4,3	457 4,3
Ausfuhr												
Ausfuhr in Mill. DM ⁴	März 1961	4 301 ^c	65	162	464	69	1 513	384	189	691	423	163
Verkehr												
Strassenverkehrsunfälle ⁴ Anzahl je 10 000 Einwohner	1.Vj.1961	209 805 39	7 994 35	13 446 73	22 244 34	3 634 51	65 861 41	21 070 44	12 022 35	27 882 36	32 206 34	3 446 32
Getötete Personen Anzahl je 1 000 Unfälle	"	2 750 13	96 12	70 5	385 17	30 8	903 14	217 10	180 15	379 14	425 13	65 19
Steuern												
Steueraufkommen in DM je Einwohner	1.Kvj.1961	103	67	214	75	133	117	112	68	113	86	73
Landessteuern ¹¹	"	171	152	573	124	342	190	146	123	162	128	117
Bundessteuern ¹²	3.Hvj.1960	48	37	67	42	66	52	51	37	55	43	29
Gemeindesteuern	"
Geld und Kredit												
Bestand an Spareinlagen in DM je Einwohner	31.3.1961	944	692	1 338	873	1 071	1 011	922	816	967	900	875

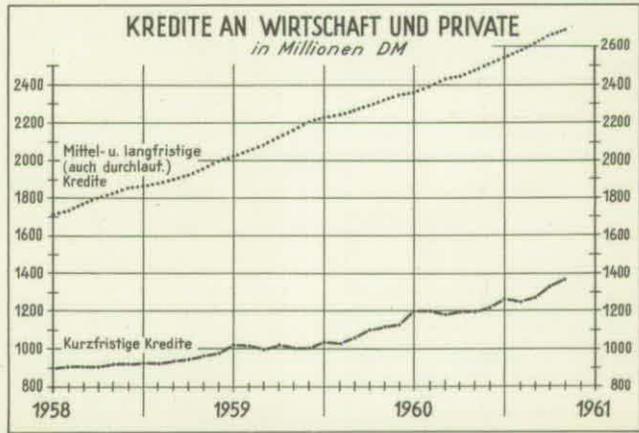
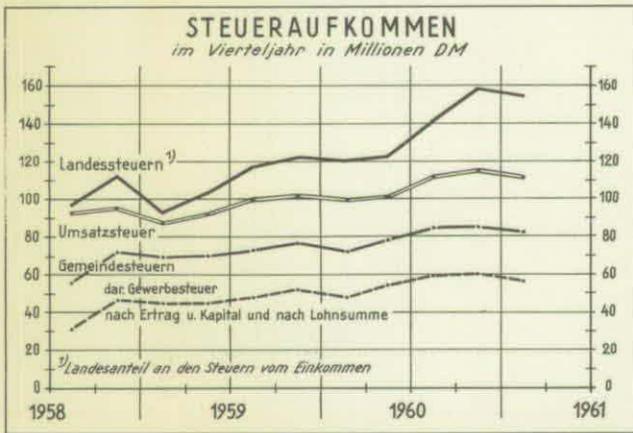
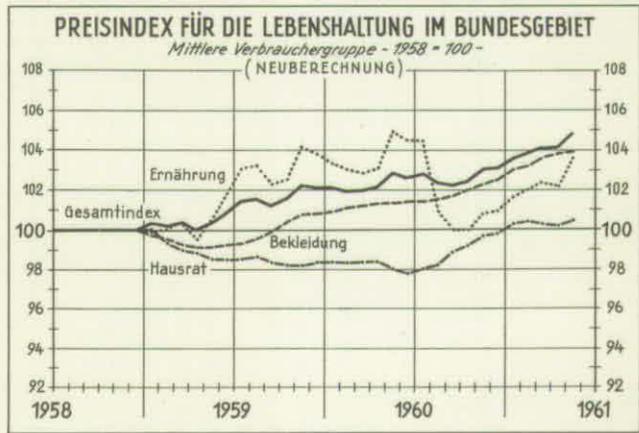
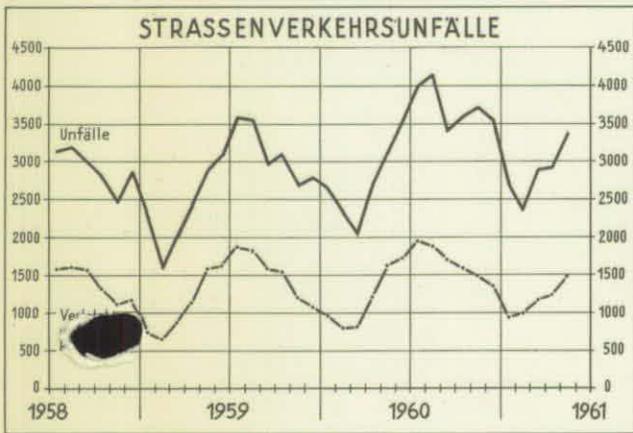
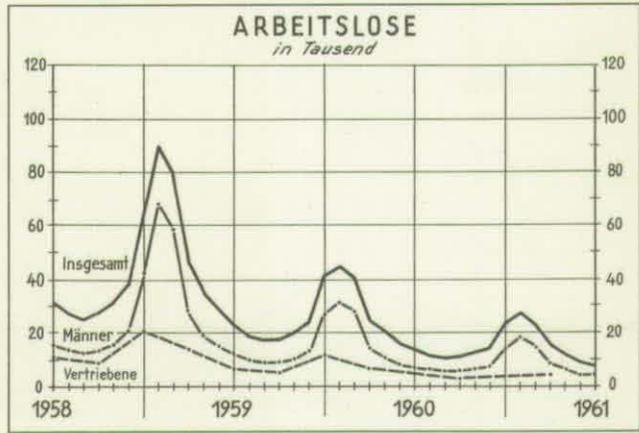
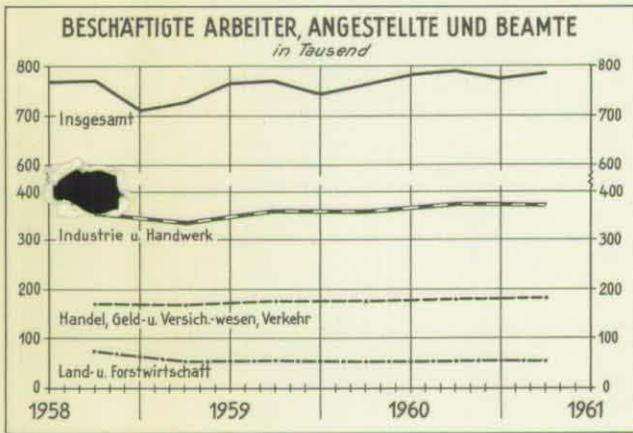
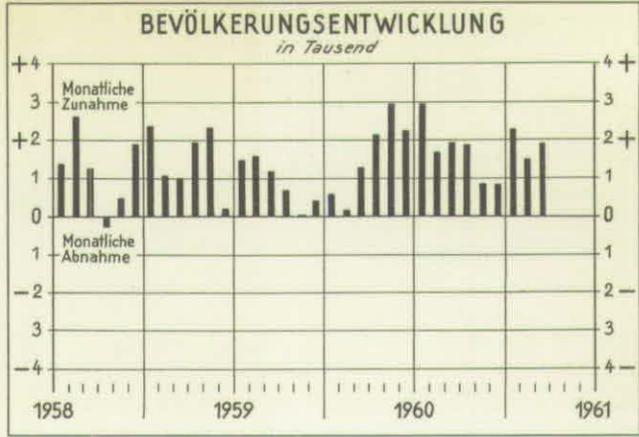
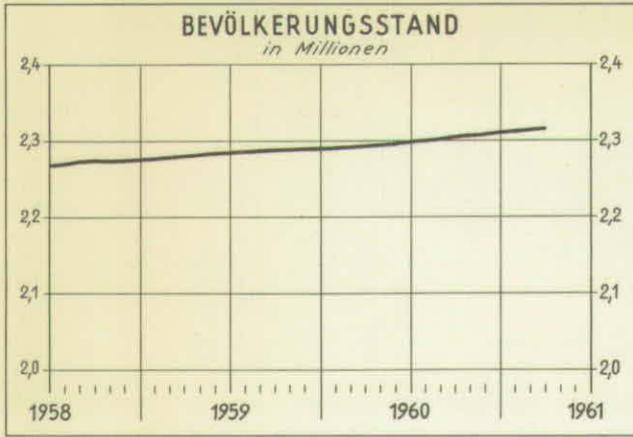
1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Gebietsstand: 31.12.1959 4) vorläufige Zahlen 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) Beschäftigte und Arbeitslose 7) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 8) Gesamtindex (ohne Bau) 9) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 10) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 11) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 12) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin a) ohne Saarland b) Bundesgebiet ohne Saarland. Das Bruttoinlandsprodukt der Länder ist mit dem des Bundesgebietes nur bedingt vergleichbar, da für das Bundesgebiet bereits generalbereinigte Werte vorliegen (s. Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1961) c) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Inhalt des lfd. Jahrgangs nach Sachgebieten

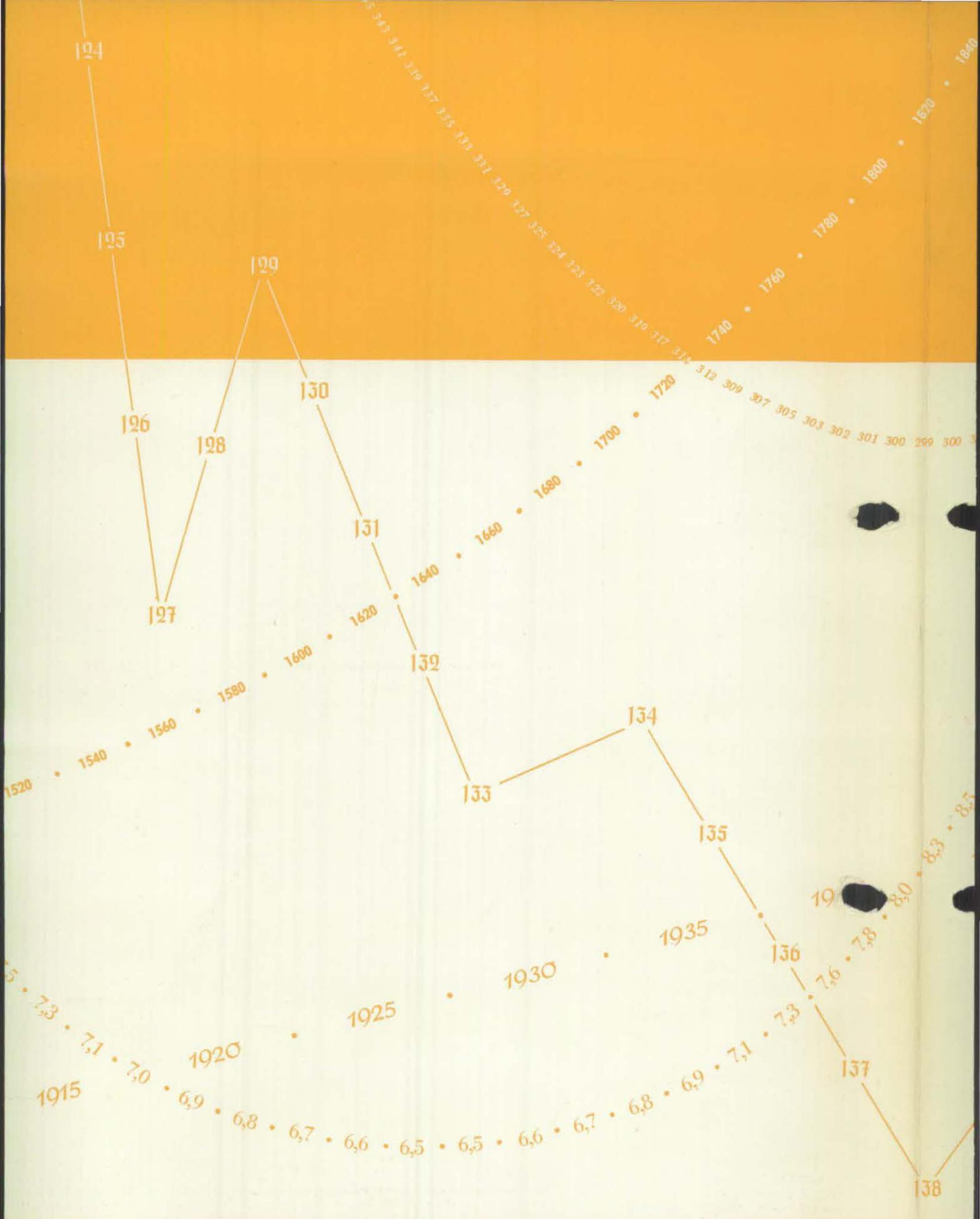
	Heft/Selte
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Ausländer in Schleswig-Holstein	6/141
Bevölkerungsentwicklung 1958/59	1/9
Bevölkerungsbewegung	
Geburten und Sterbefälle 1959	2/28
Geschiedene Ehen 1959	2/30
Wanderungen 1959	3/52
Unterricht, Bildung und Kultur	
Akademische Prüfungen	6/141
Begabungspotential, Inanspruchnahme des - (s)	3/55
Medizinstudenten, Kieler -	2/46
Schulen, Allgemeinbildende - 1960	2/34
Turnen und Sport	1/24
Erwerbstätigkeit	
Erwerbsquote, Schleswig-holsteinische -	4/76
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Arbeitskräftebestand in der Landwirtschaft	5/100
Baumschulen, Pflanzenbestände in -	3/70
Betriebe, Landwirtschaftliche -	4/78
Gemüse, Ernte und Anbau von -	1/22
Obsternte 1960	4/93
Schlepper in der Landwirtschaft	2/47
Viehbestände 1960	6/132
Vieh- und Fleischwirtschaft 1959/60	3/57
Zwischenfruchtanbau 1960	3/71
Unternehmungen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften	6/131
Industrie und Handwerk	
Auslandsumsatz der Industrie	5/119
Industriebeschäftigte	6/142
Produktion, Industrielle - 1959	2/36
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauwirtschaft 1960	4/90
Handel	
Berlin- und Interzonenhandel 1959	3/61
Konsumgenossenschaften 1959	2/48
Verkehr	
Güterverkehr auf Eisenbahnen 1957	3/72
Reiseverkehr mit Skandinavien	5/109
Straßenverkehrsmittel, Öffentliche -	6/143
Straßenverkehrsunfälle 1959	4/84
Geld, Kredit und Versicherungswesen	
Bauspargeschäft 1958 bis 1960	6/143
Kredite und Einlagen 1960	6/124
Zahlungsschwierigkeiten 1960	4/95
Öffentliche Sozialleistungen	
Anstaltsfürsorge	3/67
Jugendhilfe, Öffentliche -	1/4
Krankenversicherung, Soziale -	6/138
Schwerbeschädigte	4/94



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A*



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus Industrie und Handwerk: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie; Arbeitervdienste; Beschäftigte und Umsatz im Handwerk



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen